Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e.G.m.b.H., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe 2. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Freitag, 16. Juli 1926 | 6. Jahrgang * Nr. 165

Die Kommunistische Presse

2000 Bürgerliche — 30 kommunistische Zeitungen. Die Zahl der kommunistischen Wähler verhält sich zur Zahl der bürgerlichen Wähler wie 1 : 6. Die Zahl der kommunistischen Zeitungen verhält sich zur Zahl der bürgerlichen Zeitungen wie 1 : 100 . . .

Eine mächtige Stärkung der kommunistischen Presse ist die unerläßliche Bedingung für die Stärkung des Klassenkampfes. Das wird keine klassenbewußter Arbeiter bestreiten. Die Frage ist nur: wie können wir Zehntausende und Hunderttausende von neuen Lesern gewinnen?

Damit kommen wir zum großen Problem der revolutionären Agitation überhaupt: Wie sollen wir in die Massen eindringen und die Weltanschauung des Kommunismus propagieren, ohne irgendwelche Konzessionen zu machen, die die rückständige politische und kulturelle Bildung der Massen scheinbar erfordert?

Der Volksentscheid hat gezeigt, daß es möglich ist, durch volkstümliche Losungen, durch Anknüpfung an die täglichen Lebensfragen der Massen die breitesten Schichten der Bevölkerung zum Kampfe gegen die Reaktion zu mobilisieren.

Auch die kommunistische Presse muß daraus lernen! Wir müssen lernen, alle Bedürfnisse zu befriedigen, die die breiten Schichten der Werktätigen heute an ihre Zeitung stellen.

Dasselbe Problem ist auch in den Kreisen der Sozialdemokratie aufgetaucht. Einige Sozialdemokraten verlangten den sozialdemokratischen Generalanzeiger als Typus der neuen Zeitung, die imstande sein soll, die „Generalanzeiger" zu verdrängen.

Auf diesem Wege kann man aber nur dazu gelangen, daß man zahl neue Leser gewinnt, aber alle Lesergleichzeitigentpolitisiert. Das mag der Zweck der sozialdemokratischen Presse sein, die kommunistische Presse wird ihr auf diesem Wege niemals folgen. Sie muß nach wie vor im breitesten Rahmen die politischen Fragen behandeln und auf Grund unserer marxistisch-leninistischen revolutionären Theorie den Sinn der kleinsten Tagesereignisse beleuchten.

Das Problem ist nicht: „Fort mit der Politik!", sondern das Problem lautet: Wie soll die Politik richtig behandelt werden?

Hier können wir die Lehren des Volksentscheids verwerten. **An die Bedürfnisse der Massen anknüpfen — das ist die richtige Politik.**

Wenn man anläßlich der Werbung die Urteile über den „Klassenkampf" hört, so lauten diese Urteile in der überwiegenden Zahl der Fälle durchaus anerkennend. Viele Leser üben aber auch eine gesunde Kritik aus, die wir begrüßen und nützlich auswerten können.

Dem Wunsch zahlreicher Leser kamen wir schon durch die Schaffung einer gründlichen

wirtschaftlichen Informationsbeilage,

die vor allem die großen Wirtschaftsprobleme Mitteldeutschlands behandelt, entgegen. Welche andere Wünsche gilt es noch zu berücksichtigen?

Unsere Leser wünschen einen Ausbau der Feuilletonbeilage

„Leben — Wissen — Kunst".

Wir wollen diesem Wunsch gern Rechnung tragen, indem wir das Gebiet der Wissenschaft, sowie das der nützlichen Kenntnisse viel mehr berücksichtigen und hoffentlich auch in die Lage kommen, den Umfang des Feuilletons zu verstärken.

Die

lokale Information

muß mehr ausgebaut werden. Auch die kleinen Lokalereignisse gehören in die revolutionäre Zeitung, denn sehr oft kann das Interesse der noch indifferenten Leser gerade dadurch auch für die entscheidenden Fragen erweckt werden.

Durch die Einführung von

Photographien,

die freilich nicht kitschige, bürgerliche Darstellungen, sondern Szenen aus dem Arbeiterleben, Bilder aus Rußland usw. bieten sollen, gewinnt der „Klassenkampf" wieder an Anreiz für die breiten Leserschichten.

Durch diese reichhaltige Ausgestaltung unserer Zeitung werden wir ohne Schwierigkeiten das gesteckte Ziel erreichen und Tausende von neuen Lesern gewinnen, **wenn uns dabei die Parteigenossen,** sowie alle Leser des **„Klassenkampf" tatkräftig unterstützen.**

Die Werbewoche muß zu einer Gesamtangelegenheit aller **Parteigenossen und Genossinnen, aller roten Frontkämpfer, aller sympathisierenden Arbeiter und Werktätigen gemacht werden.**

Die Erfolge, die die einzelnen Ortsgruppen, die einzelnen Genossen dabei erzielen, bilden gleichzeitig einen **Prüfstein** dessen, wie weit sie begriffen haben, daß die Antwort der werktätigen Massen auf die Sabotage des Volkswillens nur die Stärkung der roten Front sein kann.

Parteigenossen und Genossinnen, RFB.-Kameraden, Ortsgruppen, Organisationen! Reserviert Eure Zeit in der nächsten Woche für die Werbung für Partei und Presse! Keine Veranstaltung darf diese wichtigste Arbeit beeinträchtigen.

Vom Sonntag, dem 18. Juli, bis Sonntag, den 25. Juli, — Werbewoche. Führt die Werbekampagne mit derselben Energie, mit demselben Pflichtbewußtsein durch, die Ihr vor dem 20. Juni gezeigt habt!

Die Reaktion an der Arbeit

Die Vorstöße der Reaktion häufen sich. Der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff erklärte vor zwei Tagen, daß die Erwerbslosenunterstützungssätze zu hoch seien. Man kann sich danach vorstellen, in welchem Rahmen sich die Pläne der Regierung bewegen. Die wirtschaftliche Offensive des Konzernkapitals bekundet sich in Aussperrungen im Rheinland und im Plan einer Aussperrung in der gesamten südbayrischen Textilindustrie. Die Krönung der gegenrevolutionären Pläne bedeutet aber die Kombination, wonach der Faschistenführer General v. Loßberg an die Stelle v. Seeckt kommen soll. Wenn von Seeckt als Vertrauensmann des legalen Monarchismus anzusehen ist, so ist Loßberg der militärische Exponent der Hugenberg-Claß-Putschisten.

Der Landbund der Provinz Sachsen weist mit seinem gestrigen Beschluß, Hochschutzzölle für den Zucker zu verlangen, deutlich den wirtschaftlichen Sinn des reaktionären Kurses auf. Eine fürchterliche Teuerungswelle wird sich über die Bevölkerung ergießen, wenn der Widerstand gegen alle Pläne der Reichsregierung bzw. der großbürgerlichen Clique, die ihr diktiert, nicht sofort organisiert wird.

Die Gegenrevolution arbeitet. Sie ist aktiv. Wollt Ihr passiv bleiben? Nein? Dann bekundet Euren Willen, schließt die Reihen zusammen! Organisiert den Kongreß der Werktätigen!

Faschistenführer Loßberg an Spitze der Reichswehr?

Der französische General Walch, Vorsitzender der Kontrollkommission, hat auf Grund eines Berichtes des Marschalls Foch eine Note an die deutsche Regierung gerichtet, in der von seiten der interalliierten Militärkommission neue Forderungen betreffs der Organisation der Reichswehr, Bestimmungen über das Oberkommando, Organisation der Polizei usw. erhoben werden.

Das „Berliner Tageblatt" meldet dazu, daß auf Grund der Forderungen des Generals Walch von Seeckt das Oberkommando über die Reichswehr niederlegen müßte. Das würde bedeuten, daß General von Loßberg das Oberkommando der Reichswehr erhalten würde. Ueber Loßberg wird dem „B. T." von „gut informierter Seite" geschrieben:

„General v. Loßberg gilt auch in politischen Kreisen, die auf der Rechten stehen, als ein erbitterter Rechtsradikaler von derart scharfer Gegnerschaft gegen den heutigen Staat, daß man auch in jenen Kreisen, die bei aller kühlen Reserve gegenüber der Republik rechtsradikale gewaltsame Experimente auf das entschiedenste ablehnen, es für geradezu undenkbar hält, diesem Mann die wichtigste Waffe der Republik anzuvertrauen. Während des Ausnahmezustandes hat sein Verhalten gegenüber den Zivilbehörden alle Kreise, mit denen er dienstlich in Berührung kam, davon überzeugt, daß es für ihn keine verfassungsmäßigen Garantien gibt. Um es deutlich zu sagen: Man müßte die Uebertragung des Oberbefehls an General von Loßberg als eine bedenkliche Verschärfung der innerpolitischen Situation ansehen."

„Arbeitsbeschaffung durch das Reich" — ein Schwindelprogramm

Die bürgerliche Presse veröffentlicht in großer Aufmachung ein Programm der Reichsregierung, wonach eine innere Anleihe von **200 Millionen Mark** für Notstandsarbeiten aufgenommen werden soll. Das Reichskabinett hat in den letzten Tagen beschlossen, größere Arbeiten auf dem Gebiete des Wasserstraßenbaues in Oberschlesien durchzuführen, das Oststück des Mittellandkanals in Angriff zu nehmen. Ferner soll ein größeres Bauprogramm für das ganze Reich in Angriff genommen werden.

Im Anschluß an diese Meldungen wird von einer Entschließung des Reichswirtschaftsrates berichtet, die in nichtssagenden Phrasen die produktive Erwerbslosenfürsorge befürwortet.

Diese ganze Pressekampagne, die von der Regierung aufgezogen wurde, dient nur zur Irreführung der arbeitenden Massen. **Es wird kein Wort davon gesagt, wann und wie die Anleihe finanziert werden soll. Wahrscheinlich dürfte sie erst in Monaten emittiert werden.** 200 Millionen sind außerdem eine Summe, die nur als Beruhigungspille und nicht als ernste Verbesserung der Lage in Betracht kommen kann. Schon verkündet die Regierung, daß eine „größere Zahl von Arbeitslosen durch Auswechseln der Arbeitskräfte" beschäftigt werden könnte. Was unter „größerer Zahl" verstanden wird, darüber ist kein Wort zu lesen.

Nur der entschlossene Kampf der Erwerbslosen und der beschäftigten Arbeiter kann durch schärfsten Massendruck die Regierung zu Maßnahmen zwingen, die wirklich eine Hilfe für die Erwerbslosen bedeuten können. Darum: Erwerbslosenkonferenzen für Mitteldeutschland.

Der Zucker soll um 10 Pfennig pro Pfund teurer werden!

Unerhörter Landbund-Vorstoß der Provinz Sachsen

Halle, 16. Juli.

Der Gesamtvorstand des Landbundes der Provinz Sachsen beschloß in seiner gestrigen Sitzung, eine Eingabe an den Reichsernährungsminister sowie an alle zuständigen Stellen zu richten, in welcher die Erhöhung des Zuckerzolles auf 20 Mark je Doppelzentner noch vor Beginn der Kampagne gefordert wird.

*

Mit den Scheinargumenten des Landbundes werden wir uns noch beschäftigen. Tatsache ist, daß der Antrag eine Verteuerung des Zuckers um 10 Pfennig pro Pfund und damit einen Anschlag auf die Lebenshaltung der breitesten Massen bedeutet. Der Landbund der Provinz Sachsen steht an der Spitze des Zollwuchers!

Vernichtet den „Siegesglauben" der englischen Regierung

Keine Unterstützung den Grubenbesitzern — Alle Unterstützung den Bergarbeitern!

Verhandlungen zwischen Generalrat und Bergarbeiterverband

(WTB.) London, 16. Juli.

Die Morgenblätter sehen in den Verhandlungen einen vollkommenen Mißerfolg und berichten von bitteren Auseinandersetzungen zwischen den Bergleuten und den Vertretern der anderen Gewerkschaften. Das Gewerkschaftsorgan, der „Daily Herald", schreibt: Im Laufe einer umfassenden und freimütigen Erörterung legten die Vertreter der Bergleute dar, daß der einzige Weg, ihnen zu helfen, in der Sperrung der Kohlenförderung durch die betreffenden Gewerkschaften bestehen würde.

In dieser Beziehung sind aber Schwierigkeiten vorhanden. Die Konferenz der nationalen Eisenbahnerunion hat eine solche Aktion für unmöglich erklärt. Es ist keine Rede von einer Intervention des Generalrates. Es ist vielmehr ganz klar, daß alle Verhandlungen von dem Vollzugsausschuß geführt werden müssen.

Vor der Konferenz setzte der Vollzugsausschuß der Bergleute die Prüfung der Lage in den einzelnen Bezirken fort, wobei der Bergarbeiterführer Cook mitteilte, daß in keinem Bezirk Veränderungen eingetreten seien. Der Vollzugsausschuß setzt heute seine Beratungen fort.

★

(Eig. Drahtm.) London, 16. Juli.

Die Führer der englischen Kirche haben einen Vermittlungsvorschlag an die Leitung der Bergarbeitergewerkschaften gemacht, in dem sie vorschlagen, daß die Bergarbeiter für die nächsten vier Monate durch eine Regierungssubvention an die Bergwerksbesitzer unveränderte Arbeitszeit und unveränderten Lohn erhalten sollen. Dann soll, falls zwischen beiden Parteien in diesen zwei Monaten keine Einigung erfolgt, ein Schiedsgericht in letzter Instanz entscheiden. Die Bergarbeiter jedoch stehen fest und haben diesen Vorschlag abgelehnt. Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter hatte gestern nachmittag eine ernste zweieinhalbstündige Unterredung mit dem Generalrat. Der Generalrat der Gewerkschaften versprach angeblich, alle erdenkliche Unterstützung dem Bergarbeiterkampf angedeihen zu lassen. Der Londoner Korrespondent des „Berliner Tageblattes" spricht davon, daß das Eingreifen des Generalrates in den Streik zwecks Durchsetzung seines gemäßigten Einflusses erfolge. In Regierungskreisen ist man daher „optimistischer" gestimmt. Selbst Churchill mußte nämlich in seiner Rede den starken Einfluß des Streikes auf die britische Industrie zugeben. Die Schwerindustrie nähere sich jetzt ihrer völligen Stillegung. Das trifft natürlich die Staatseinnahmen und die allgemeine Finanzlage auf das schärfste und deshalb die Hoffnung auf den Generalrat.

England folgt dem deutschen Vorbild. Wie aus London gemeldet wird, hat die Londoner Vorführungsbehörde die Vorführung des „Potemkin"-Films sogar für die Pressevorstellung verboten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260716-15/fragment/page=0001

Reichsbanner und SPD.

„Der Kampf zweier Weltanschauungen"

Die sozialdemokratische Chemnitzer „Volksstimme" verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß die sächsische Sozialdemokratie **nicht** genügend das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold **unterstütze. Sie sagt** allerlei über die angeblichen **Dienste des Reichsbanners zum Schutz** der deutschen **Republik, kann dabei aber nicht verschweigen**, daß die sozialdemokratischen **Arbeiter im Reichsbanner mancherlei** gegen die Politik der Reichsbannerführer einzuwenden haben. Die „Volksstimme" schreibt wörtlich, daß die Entscheidungen der höchsten Instanz des Reichsbanners **„vielleicht nicht immer restlos den Beifall der Sozialisten finden können"**. Die „Volksstimme" **gibt** in diesem Zusammenhang zu, daß selbst bei der Durchführung der Hauptaufgabe des Reichsbanners, die Republik zu schützen, Meinungsverschiedenheiten aufgetreten sind. Sie schreibt dazu wörtlich:

Die im Reichsbanner dann und wann zutage tretenden Reibungen, **die sehr selten die Oberfläche berühren**, haben den gleichen Grund, wie die scharfen politischen Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien einerseits und der Sozialdemokratie andererseits, die den kapitalistischen Staat und die Gesellschaftsordnung **von heute mit ihren Unterdrückern und** Ausbeutern bekämpft.

Es ist der **Kampf zweier Weltanschauungen**, zweier um die Macht ringenden gewaltigen Kräfte. Auf der einen Seite der starke, sich immer mehr konzentrierende Kapitalismus, der . . . um sich an der Macht zu halten — sogar „demokratisch" kommt, auf der anderen Seite **der trotz vieler Rückschläge und Differenzen** und Unklarheiten im eigenen Lager ständig siegreich aufsteigende Sozialismus."

Die „Volksstimme" begrüßt deshalb die sich anbahnende Klärung im Reichsbanner und betrachtet als ein treffliches Beispiel dieser Klärung die Ausschlußanträge sächsischer Ortsgruppen des Reichsbanners gegen die Reichsbannermitglieder Heldt und Müller, die zur „Alten SPD." zählenden sächsischen Minister. Schließlich droht die „Volksstimme", wenn auch in sehr unklarer Form, eine schärfere Haltung der SPD. gegenüber dem Reichsbanner an, indem sie erklärt:

„Ganz naturgemäß kann das Verhalten der SPD. zum Reichsbanner auch nicht unveränderlich sein."

Stimmt! Die Zahl der wachsenden Austritte der SPD.-Arbeiter aus dem Reichsbanner, der Uebertritt eines beträchtlichen Teiles in den RFB. bestätigt die Entdeckung der „Volksstimme".

Um Severings Pfründe

Der „Vorwärts" antwortet am Mittwoch endlich auf unsere Mitteilung über den Kampf um Severings Innenministerposten in Preußen. Die Antwort des „Vorwärts ist eine volle Bestätigung unserer Mitteilungen über den Kampf in der preußischen Landtagsfraktion der SPD. um Severings Posten. Das einzige, was der „Vorwärts" bestreitet, ist, daß schon endgültig über den Rücktritt Severings beschlossen sei. Aber gerade das haben wir noch gar nicht behauptet. Wir haben behauptet, daß schon jetzt in der sozialdemokratischen Fraktion ein heftiger Kampf um die Nachfolgerschaft Severings geführt wird und gerade das bestreitet der „Vorwärts" nicht. Der „Vorwärts" schreibt, „man hofft, daß Severing bald zurückkehren werde". Wer hofft? Natürlich hoffen sie alle, aber für Severing hofft Severing allein, denn seine eitlen Freunde möchten ihn beseitigen, da er der Stein des Anstoßes für die Große Koalition ist und die Sehnsucht nach der Großen Koalition bei Severings Freunden zehnmal größer ist, als der Wunsch, Severing zu halten. Und die anderen hoffen auch. Die Heilmann, Grzesinsky-Krüger hoffen für Grzesinsky. Die sogenannte „Opposition" hofft für Leinert. Sie kämpfen für Leinert mit der banalen Erklärung, daß er der richtige Mann sei, die völlig verfackte Reform der Gemeinde- und Städteordnung durchzuführen.

Aber es bleibt dabei, was die kommunistische Presse feststellte: 1. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat sich mit der Nachfolge Severings beschäftigt, 2. dabei kam es zu einem heftigen Krach in der Fraktion, 3. die Heilmann-Clique will Grzesinsky auf den Posten des Innenministeriums, die Antipoden Heilmanns wollen den Ehren-Leinert aus Hannover. Er bekam bei der Abstimmung die Mehrheit der Stimmen. 4. Heilmann legte in einem Wutanfall über diese Niederlage seinen Vorsitz in der Landtagsfraktion nieder.

Die gewundenen Erklärungen des „Vorwärts" ändern an diesen Tatsachen nichts. An welchem Tage Severing auf dem „Altar des Vaterlandes" für die Große Koalition geschlachtet wird, ist dabei von nebensächlicher Bedeutung.

Aus dem Korruptionssumpf der SPD.

Der sozialdemokratische Altonaer Polizeipräsident Kirchner befindet sich bereits **seit Monaten in Urlaub**. Obwohl es in Altona längst die Spatzen von den Dächern pfeifen, daß diese dauernde Verlängerung des Urlaubs auf **Unregelmäßigkeiten im Polizeipräsidium** zurückzuführen ist, hat sich der Altonaer Magistrat bisher zu keiner Erklärung aufgeschwungen. Am 10. Juli hat er jetzt auf eine kommunistische Anfrage zugeben müssen, daß Kirchner „für dauernd beurlaubt" ist und auf seinen Posten nicht mehr zurückkehren wird.

Auf bürgerliche Anfragen erklärte der Bürgermeister, er habe **von den Unregelmäßigkeiten Kirchners erst auf einer Reise nach** Berlin Kenntnis **erhalten** (!) und lehne es ab, einzugreifen, **da der** Polizeipräsident Staatsbeamter sei. **Die „Hamburger Volkszeitung"** weiß zu **berichten**, daß **es sich um eine Bestechungsaffäre in** der Frage der **Verlängerung der Polizeistunde für verschiedene Lokale** handeln soll. **Es ist kein Zufall, daß dieser selbe Polizeipräsident der treibende Faktor für das Verbot der Roten Marine in Altona war** und überhaupt bei jeder Gelegenheit gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen vorging.

Sozialdemokratischer Polizeiterror in Breslau

In Breslau haben der sozialdemokratische Polizeipräsident und der demokratische Landrat gemeinsam für das gesamte Stadt- und Landgebiet den Belagerungszustand in der Weise eingeführt, daß sie nicht nur **sämtliche öffentlichen Umzüge und Kundgebungen** verboten haben, sondern auch eine geschlossene Protestversammlung der Komunistischen Partei. Die Reichsbannerführung unterstützte diese Polizeiaktion, um zu verhindern, daß die Reichsbannerarbeiter zahlreich an der **kommunistischen** Protestversammlung teilnahmen. Die Erbitterung der **Reichsbannerarbeiter, gegen die sich ebenso wie** gegen die kommunistischen Arbeiter der Breslauer Ausnahmezustand wendet, ist besonders groß, weil diese Terrormaßnahmen von schwarzrotgoldenen Beamten **veranlaßt** sind.

Als am Dienstagabend Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen, **die noch keine Kenntnis von dem Verbot der kommunistischen Protestversammlung hatten, sich im Garten des Versammlungslokals einfanden, rückte die Schutzpolizei auf fünf Lastautos und** zwei Schnellwagen, **unterstützt von einer berittenen Abteilung,** zur **„Säuberungsaktion" an. Diese wurde „mit allen Mitteln energisch"** (nach Anweisung **des Polizeipräsidenten) durchgeführt.** Zwei Stunden **wütete die Schupo. Ein Teil der 20 festgenommenen** Männer **und Frauen wurde gefesselt abgeführt.** Unter den Gefesselten **befanden sich auch Kameraden des Reichsbanners und des** sozialdemokratischen **„Sozialistischen Kampfbundes".** Manche der Verhafteten **waren so übel zugerichtet, daß man sie taumelnd in** die **Wache schleppen mußte.**

Dieser „demokratische" Klassenterror gegen die Arbeiterschaft in Breslau erreicht dort nur, daß viele Arbeiter aufwachen und die Wirklichkeit sehen lernen. **Viele Reichsbannerarbeiter treten täglich zum RFB. über.**

Gefängnis für die Genossin Schlaffer

(Eig. Drahtm.) **München**, 16. Juli.

Genossin Schlaffer, die Frau des verfolgten Landtagsabgeordneten Schlaffer, wurde wegen angeblicher Beihilfe zu einem Fluchtversuch von Schlaffer und Götz zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Haftentlassungsantrag wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die Genossin Schlaffer versucht habe, sich einen Paß nach Oesterreich zu verschaffen. Die bayrische Klassenjustiz will den Genossen Schlaffer treffen, indem sie seine Frau hinter Kerkermauern bringt.

Horthy-Richter für Noske

(Eig. Drahtm.) **Budapest**, 16. Juli.

Im Rakosi-Prozeß erklärte der Angeklagte Genosse Weinberger: Wir Kommunisten stehen fest, trotzdem die Vorsitzenden die größten Anstrengungen machen, uns zu vernichten. Wir stehen vor dem Gericht, weil in Ungarn die besonderen Verhältnisse den legalen Weg für die Kommunistische Partei unmöglich machen. Solange diese Verhältnisse nicht hinweggefegt sind, werden wir unsere kommunistische Arbeit illegal leisten."

Als Genosse Weinberger sagte, daß Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg unter der Herrschaft der deutschen Sozialdemokratischen Partei ermordet wurden, wurde er vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen.

Weinberger sagte: **„Ich erkläre ausdrücklich, daß ich mich nicht zu verteidigen habe. Wir Kommunisten haben nur ein Ziel vor Augen: Die Errichtung der Räterepublik. Unsere spezielle Aufgabe in Ungarn ist es, die legale Kommunistische Partei zu erkämpfen, eine Partei, wie sie bereits in sämtlichen Weltstaaten besteht. Mit je größeren Anstrengungen daran gearbeitet wird, unsere Bewegung zu ersticken, mit um so größerem Schwung wird sie immer wieder aufleben."**

Sonnabend, der 24. Juli

wird ausschließlich der Hilfsaktion der streikenden englischen Bergarbeiter und ihren Familien gewidmet. Im ganzen Bezirk finden Haussammlungen statt. Die Leitungen der proletarischen Organisationen legen schon am

Sonntag, dem 18. Juli

in einer gemeinsamen Besprechung den Arbeitsplan fest.

Fordert rechtzeitig Sammellisten der IAH. an!

KPD., KJVD., RFB., RFMB., IAH., RH.,

Opposition der Gewerkschaften, der Kultur- und Sportorganisationen.

Der Streik auf den Stadtgütern Halle geht we

Halle, 16. Ju

Die Front der gestern in den Streik getretenen Arbeiter Stadtgüter ist nach wie vor unerschüttert, so daß die Aussichten eine erfolgreiche Beendigung des Kampfes günstig sind. nachmittag 2½ Uhr tritt der Schlichtungsausschuß zusammen. Morgen soll der Schiedsspruch gefällt werden. Wir werden nach Beendigung der Verhandlungen melden.

In welcher Weise gegen die streikenden Arbeiter vorgegangen zeigt das Vorgehen des Inspektors auf dem Stadtgut Reide Er verbietet einfach den dort wohnenden Famil Wasser zu holen. Unter den Arbeitern herrscht darüber große Erbitterung.

Ein Großindustrieller als Mordanstifter

Zur Verschleierung von Steuerhinterziehung

Magdeburg, 15. Ju

Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Magdeburg:

Am 10. Juli 1925 verschwand aus **Magdeburg** der 35 Jahre **Buchhalter Hermann Helling auf völlig rätselhafte Weise** wurde damals vermutet, daß Helling eine strafbare Handlung gangen habe, und so nahm der Untersuchungsrichter des Magdeburger Amtsgerichts die Untersuchung der Angelegenheit auf. sein Ersuchen wurde von der Kriminaldirektion des Magdeburger Polizeipräsidiums am 10. Juni d. J. der Kriminalkommissar **holt mit den Ermittlungen beauftragt. Mehrere Einwohner** deburgs wurden festgenommen. Die Verdachtsmomente waren schwer, daß Haftbefehle gegen sämtliche festgenommenen Per erlassen wurden. Die Ermittlungen wurden inzwischen **fortgesetzt. In dem Hause** eines gewissen Schröder in Großrottmersleben bei Magdeburg wurden Ausgrabungen genommen, und in einem Keller die Leiche Hellings gefun **Sie lag in 70 Zentimeter Tiefe unter der Bodendecke, die aus bestand und die Ausdünstungen nach oben zurückhielt.** Man bei der Ausgrabung sämtliche Teile der Leiche, und die Identität **mit dem Körper Hellings konnte einwandfrei nachgewiesen** werden. **Die Ermittlungen haben weiter ergeben, daß ein vorheriges brennen der Leiche versucht worden war; ein erheblicher Teil Kleidung war verkohlt. Der Kriminalphotograph Leuthold eine Reihe von Aufnahmen in den verschiedenen Stadien der grabung und des Hauses vorgenommen. Die Leiche wurde Magdeburg überführt und hier in besondere gerichtliche wahrung genommen.**

Weitere Auskünfte werden von der Magdeburger Polizei läufig verweigert. Aber die Personen der Verhafteten lassen **gewisse Schlüsse zu. Neben Schröder und einem gewissen** F **befindet sich nämlich auch der in ganz Mitteldeutschland** bekannte **Großindustrielle Rudolf Haas unter den Verhafteten, Direktor der L. Haas Aktiengesellschaft, bei dem Helling** angestellt **war. Helling soll nun im Besitz von Kenntnissen gewesen** sein, **seiner Firma Nachteile und Unannehmlichkeiten hätten** zufügen **können. Allem Anschein nach ist er vor einem Jahr unter einem Vorwand in ein Privatautomobil gelockt und dort ermordet** worden. **Die Leiche wurde nach Großrottmersleben entführt und dort in das Schrödersche Haus geschafft. Hier versuchte man zunächst den L im Keller des Hauses zu verbrennen. Schließlich wurde die L einen Meter tief im Keller vergraben. Der Tote wies bei der Ausgrabung schwere Verletzungen am Kopf und an den Beinen**

*

Unangenehme Kenntnisse kann nur bedeuten, daß die Fi Steuerhinterziehungen oder sonstige strafbaren Handlungen gangen hat. Bis zur Mordanstiftung treibt die Unternehmer Profitgier — das nennt sich kapitalistische Hochkultur.

Vor der Aussperrung der bayrischen Textilindu

(Eig. Drahtm.) **München**, 15. Juli

Obwohl der vom bayrischen Landesrichter gefällte Schiedsspruch in der Textilindustrie, der einen Lohnabbau von 3,75 Mark wöchentlich **vorsah, vom bayrischen Sozialminister nicht als** verbindlich **erklärt wurde, haben de Textilbarone trotzdem beschlossen, Schiedsspruch durchzuführen. Sie diktieren ganz brutal, daß 14. Juli der Lohnabbau durchgeführt werden muß. Man** rechnet **mit der Aussperrung der bayrischen Textilindustrie.**

So müßt Ihr arbeiten!

(Eig. Drahtm.) **Witten**, 16. Juli

Als Erfolg des hier kürzlich abgehaltenen Roten Tages wurden **100 Neuaufnahmen für den Roten Frontkämpfer-Bund** gemacht, **Abonnenten für das „Ruhrecho" und eine ganze Anzahl** Uebertritte **aus dem Reichsbanner gemeldet. Diese Zahlen bedeuten die kleine Stadt Witten einen ungeheuren Erfolg.**

*

(Eig. Drahtm.) **Kray**, 16. Juli

Anläßlich einer Kundgebung, in der die Frau des Genossen M Hoelz gesprochen hatte, an der sich über 1000 Personen beteiligten, wurden 140 Neuaufnahmen für die Rote Hilfe gemacht.

Wie starb der letzte Zar?

Die Wahrheit über den Tod der Romanows

Nachdem Jahre hindurch die bürgerliche Lügenpresse tränenreiche Feuilletons über den Tod der Romanows in Jekaterinenburg verbreitet hat, die an die kritiklose Sentimentalität der alten Jungfern beiderlei Geschlechts appellierten und nur zur Hetze gegen Sowjet-Rußland dienten, folgten die Konterrevolutionäre, deren Kassen anscheinend durch die „ewige Emigration" sich zu leeren begannen, mit „Offenbarungen", die sie dem Spießbürgertum der ganzen Welt in Leinen und Halbleder offerierten. Miljukow, der Exminister der Aera Kerenski begann diese Prophetentätigkeit, ihm folgte der Bandengeneral Diterichs, der in Deutschland, — nach dem Sprichwort: Gleich und Gleich gesellt sich gern — nur noch einen völkischen Verleger fand. Einige Zeit später folgte N. Sokoloff mit seinem „Todesweg des Zaren". „Dargestellt von einem Untersuchungsrichter" steht schlicht auf dem Deckel zu lesen und scheinbar schlicht und objektiv schildert Herr Sokoloff vom sicheren und bequemen Schreibtisch eines Pariser Hotels seine Tätigkeit als Untersuchungsrichter im Auftrage des Bandengenerals Koltschak. Wer ist dieser Sokoloff? Darüber gibt P. M. Bykow nähere Auskunft, den die Sowjet-Regierung zur Abwehr der Hetze mit der Veröffentlichung der amtlichen Dokumente betraut hat, die nun auch in deutscher Sprache vorliegen. (Das Ende des Zarengeschlechts. Die letzten Tage der Romanows, Neuer Deutscher Verlag, Berlin NW 7, Preis 75 Pf.). Bykow schreibt: „Zum Untersuchungsrichter wurde der aus Saratow geflohene Monarchist N. Sokoloff ernannt. Dieser Sokoloff erachtete es für notwendig, eine Liste von 164 Angeklagten, die sich jenseits der Front befanden, aufzustellen . . . Die Weißen rächten sich grausam an den Arbeitern und Bauern des Urals. Tausende starben unter den Kugeln und Foltern der Offiziere in den Gefängnissen. Sie alle bezahlten die Erschießung der Romanows mit ihrem Leben."

Wie frech der also charakterisierte Sokoloff lügt, zeigt folgende Gegenüberstellung. Der zum Untersuchungsrichter „ernannte" Arbeitermörder schreibt: „Es ist bewiesen, daß Goloschtschekin und Jurowski Komplizen waren. Aber auch zwischen G. und Swerdlow bestand volles Einverständnis." Die amtliche Darstellung Bykows beweist das Gegenteil. Durch das rasche Anrücken der tschechoslowakischen Truppen war nämlich ein Befragen des Exekutivkomitees in Moskau, das Swerdlow damals leitete, nicht mehr möglich. Also faßte der Jekaterinenburger Sowjet allein den revolutionären Entschluß, die Zarenfamilie zu erschießen, um den Weißen dieses wichtige Faustpfand nicht in die Hand zu geben, und konnte dem Exekutivkomitee erst von der vollendeten Tatsache Mitteilung machen. Auch die Vernichtung der Leichen erfolgte nicht, wie der Herr Untersuchungsrichter Dummköpfen vorzulügen versucht, aus „Rache" oder „Sadismus", sondern war eine wohlerwogene und notwendige revolutionäre Tat, den Weißgardisten nicht einmal „Reliquien" in die Hand zu geben.

Bykows Werk wird endlich Licht in das Dunkel werfen, das die Weißgardisten aller Länder ängstlich zu erhalten versuchen. Das Buch zeigt mit geschichtlicher Genauigkeit jede Phase der letzten Tage der Romanows. Es beginnt mit einer sachlichen Charakteristik des Zaren und schildert den Sturz des russischen Absolutismus durch die Februarrevolution, die Verhaftung der Romanows, ihre Gefangenschaft in Zarskoje Selo, Tobolsk und Jekaterinenburg, die verschiedenen Versuche monarchistischer und bürgerlicher Organisationen zur Befreiung der Zarenfamilie und die Rolle Kerenskis und der menschewistischen Führer in dieser geschichtlichen Phase.

Jeder, der sich über die Vorgänge, die zur Erschießung der Romanows führten, wirklich informieren will, wird dieses Buch gern und mit Interesse lesen, sein besonderer Wert besteht aber darin, daß es den Lügenberichten der Miljukow, Diterichs und Sokoloff die durch Dokumente erhärtete Wahrheit entgegenstellt.

Der Kampf um den „Potemkin"-Film

Das Verbot des Filmes „Panzerkreuzer Potemkin" hat überall im Reiche — bis weit hinein in die Reihen des Mittelstandes und des sogenannten demokratischen Bürgertums — eine ungeheure Empörung und Erbitterung hervorgerufen. Eine große Protestaktion wird in der nächsten Zeit gegen das Verbot eingeleitet werden. Die Prometheus-Filmgesellschaft wird, wenn das Urteil und seine Begründung durch die Filmoberprüfstelle vorliegt, eine ausführliche Beschwerde gegen das Verbot einreichen. Ferner wird sie sich an die Künstler- und Schriftstellerorganisationen wenden, um sie mit für den Kampf gegen das Verbot zu gewinnen. Auch die Lichtspieltheaterbesitzer, die durch das Verbot des Films recht erheblichen Schaden erlitten haben, werden sich dem Protest anschließen und auf ihrer Reichstagung in Düsseldorf am 27. August eine Protestentschließung annehmen.

Die SPD.-Presse macht anläßlich des Potemkin-Verbotes plötzlich die neuartige Entdeckung, daß unsere Hindenburg-Republik „einen überwiegend reaktionären Verwaltungsapparat" besitzt. Was die SPD.-Presse verschweigt, ist eben: daß das Wesen der kapitalistischen „Demokratie" einen solchen Verwaltungsapparat im Interesse der herrschenden Kapitalistenklasse und ihrer monarchistischen bedingt. Warum aber nimmt der „Vorwärts", und die anderen SPD.-Blätter ebenfalls, nicht z. B. dazu Stellung, daß unter den Ländern, die das Potemkin-Verbot beantragt haben, sich Hessen befindet? Dort besteht die Regierung der Weimarer Koalition aus zwei Sozialdemokraten, einem Demokraten einem Zentrumsmann. Die Presse versichert zwar, daß die SPD. nichts davon wußte, daß der Innenminister Dr. von Brentano ein Verbot des Films bei der Reichsregierung beantragen wollte. Aber es ist nicht bekannt, daß die hessischen Sozialdemokraten durch das eigenmächtige reaktionäre Vorgehen ihres Innenministers sich in ihrer Koalitionspolitik stören lassen würden.

*

Der Hugenbergsche „Lokalanzeiger" kann erfreut melden, daß die Londoner Zensurbehörde die Vorführung des Potemkin-Films sogar für eine Pressevorstellung verboten hat. Wie sch fühlen sich die englischen Imperialisten, und wie sehr fürchten das heldenhafte revolutionäre Beispiel der zaristischen Marine den Kampf der revolutionär gesinnten Matrosen in der englischen Flotte!

Die Protestbewegung gegen das Verbot des Potemkin-Films muß mit aller Kraft gefördert werden.

280 rote Kommandeure haben am 10. Juli die Rote Kriegsakademie in Moskau verlassen, um nach Beendigung ihrer Ausbildung wichtige militärische Posten in der Roten Armee zu bekleiden. 280 neue Kommandeure — 280 Proletarier. Die fortschreitende Besetzung der höheren Kommandoposten mit proletarischen Kräften bildet die Garantie dafür, daß die Rote Armee Bollwerk der russischen und der internationalen proletarischen Revolution bleibt.

Herabsetzung der Kleinhandelspreise um 10 Prozent — dieser Beschluß des Rats der Arbeit und Verteidigung soll in wichtigen Industriezweigen ab 1. August verwirklicht werden. Das Problem der Kleinhandelspreise gehört zu den schwierigsten, mit denen Sowjetwirtschaft zu ringen hat. Gelingt es hier, einen durchgreifenden Erfolg zu erzielen, dann wird die Sowjetrepublik dem flachen Lande den Getreideaufkauf nach der Ernte unter günstigeren Bedingungen organisieren können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260716-15/fragment/page=0002

Der Gerichtssaal als Tribüne für die Propaganda des Kommunismus

Dritter Tag des Rakosiprozesses in Budapest

(Telegr. Sonderbericht der „Inprekorr.") **Budapest, 14. Juli.**

Die Auseinandersetzungen zwischen dem Gerichtshof und den Angeklagten nehmen immer schärfere Formen an. Die Angeklagten erklären, daß sie über Einzelfragen, die sich auf ihre Handlungen und ihre Verbindungen beziehen, nicht aussagen wollen.

Der Vorsitzende verhindert demgegenüber die Erklärungen prinzipieller Natur, mit der Begründung, daß er es nicht zulassen kann, im **Gerichtssaal eine Tribüne für kommunistische Propaganda zu machen.**

Am heutigen Tage erklärten die Angeklagten, daß sie bei einem ...en Verhalten des Gerichts **überhaupt nicht aussagen wollen.**

Der Angeklagte Gögös führt aus, daß er und seine Freunde sowohl in der Sozialdemokratischen als auch in der Vagi-Partei Anhänger geworben haben, da in beiden Parteien Arbeiter organisiert sind, deren Platz in der Kommunistischen Partei sei. Gleichzeitig damit trachteten sie, Anhänger **auch unter den nichtorganisierten** Arbeitern zu gewinnen. Deswegen kann die Vagi-Partei ebensowenig zu einer Kommunistischen Partei gestempelt werden, wie die Sozialdemokratische Partei oder die Gruppe der Parteilosen.

Der Vorsitzende stellt die Frage: „Wo befinden sich die eigentlichen Geldquellen der Kommunistischen Partei?"

Gögös antwortete: „Ich wäre bereit, diese Frage vorbehaltlos zu beantworten, jedoch nur in dem Falle, **wenn das Gericht eine ...liche Untersuchung einleiten wird, woher die Rassenschützler** (die ungarischen extremen Faschisten) **ihre Gelder bekommen.**"

Hierauf wies der Vorsitzende den Genossen Gögös energisch zur Ordnung. Er erklärte, nicht dulden zu wollen, daß sich der Angeklagte in einer derartig provokatorischen Weise verteidige.

Gögös: „Ich kann mich nur auf meine eigene Weise verteidigen."

Vorsitzender: „Sie haben sich an die Anordnungen zu halten."

Gögös: „**Ich bitte den Vorsitzenden, möge er sich auf die Anklagebank** setzen **und statt meiner aussagen. Sie werden gewiß das** Richtige treffen. **Ich als einfacher Arbeiter verstehe es nicht** anders."

Der Vorsitzende verweist auf die Polizeiprotokolle, die angeblich ausführliche Aussagen von Gögös enthalten, Aussagen, die anders lauten als seine jetzigen Erklärungen.

Gögös erwidert: „Das Polizeiprotokoll ist erstunken und erlogen. Die Aussagen wurden durch die Polizei auf Grund von Einzelaussagen willkürlich zusammengestellt. **Die Unterschrift hat man von mir durch Folterungen erzwungen.**" Genosse Gögös beruft sich auf den ärztlichen Befund, der zwei Wochen nach seiner Verhaftung vorgenommen wurde. **Er beantragt, den Gerichtsbefund vorzulesen.**

Der Vorsitzende kommt diesem Wunsche nach. Er liest den ärztlichen Befund vor: „**Auf dem Ober- und Unterarm und anderen Körperteilen Spuren der Mißhandlungen.**"

Genosse Gögös ergänzt den ärztlichen Befund und schildert seine Mißhandlungen. Am Tage nach seiner Verhaftung erklärte der Stadthauptmann Schweinitzer vor den Kriminalbeamten in meiner Gegenwart: „Gögös ist ein guter Magyare, er muß besonders gut behandelt werden." Ich war dumm genug, zu glauben, daß ich als „guter" Magyare der üblichen Behandlung nicht ausgesetzt sein werde. Bald wurde ich jedoch eines besseren belehrt. **Diese Worte** bedeuteten in Wirklichkeit, daß ich gefoltert werden soll.

Nach dem Genossen Gögös **wurde Genossin** Katharina Haman in den Gerichtssaal geführt. **Auf die Fragen des Vorsitzenden** erklärte sie, daß sie nach dem Kriege ihre Anstellung bei der Eisenbahn verloren hat. Sie wurde zuerst Arbeiterin in einer Fabrik, später wurde sie zur Sekretärin des Verbandes der chemischen Arbeiter **gewählt. Sie war bereits** vor der Diktatur Mitglied der alten Kommunistischen Partei. In der Periode der Diktatur hat sie als überzeugte Kommunistin gearbeitet. In ihrer kommunistischen Ueberzeugung wurde sie nach dem Sturze der Diktatur nur noch mehr bestärkt. Keinerlei Verfolgungen werden sie abschrecken, ihren Pflichten als überzeugte Kommunistin stets nachzukommen.

Vorsitzender: „**Warum schlossen Sie sich der Kommunistischen Partei an?**"

Hamann: „**Weil ich im Kriege gesehen habe, daß die Sozialdemokratische Partei die Interessen der Arbeiter verraten hat.**"

Vorsitzender: „Welche Ziele verfolgten Sie während der Diktatur?"

Hamann: „Die Verwirklichung der kommunistischen Gesellschaftsordnung."

Vorsitzender: „Vor der Staatsanwaltschaft erklärten Sie, daß Sie die Tätigkeit von Bela Kun nicht verurteilen, sondern billigen. Ich frage Sie: Verweigern Sie jetzt die Antwort darüber oder bestätigen Sie jene Erklärung?"

Hamann: „Ich verweigere nicht die Antwort. Meine Aussagen über die Tätigkeit Bela Kuns halte ich voll und ganz aufrecht. **Ich billige die Tätigkeit Bela Kuns. Ich stehe voll und ganz zu den Handlungen** der Kommunisten **während der** Räteregierung, und ich bin stolz darauf, daß ich an dieser Arbeit selber teilgenommen habe."

Nach der Genossin Haman wurden die Genossen Zoltan, Weinberger, Paul Juhasz, Josef Mitterer und Peter Szabo vorgeführt.

Als der Vorsitzende die Angeklagten auffordert, daß sie ihre Verteidigung vortragen sollen, erklären sie alle einmütig: „**Sie haben sich nicht zu verteidigen. Sie sind Kommunisten und allein der Kommunistischen Partei verantwortlich.** Sie machen den Vorsitzenden schon jetzt darauf aufmerksam, daß sie auf alle Einzelfragen, die sich auf die Bewegung und die Handlungen der einzelnen Kommunisten beziehen, die Antwort verweigern."

Der Vorsitzende sagt, daß sich die Genossen Mitterer und Szabo bei der Polizei nicht so intransigent verhalten hätten. Dort hätten sie auch über Einzelfragen Auskunft gegeben. Darauf erklären die Genossen: „**Wir wurden schrecklich gefoltert, und man hat mit der Folterung erst aufgehört, als wir uns bereit erklärten, alles zu bestätigen, was die Polizei von uns wünschte.**"

Genosse Paul Juhasz erwidert: „Man hat mich 12 Tage lang nacheinander in der fürchterlichsten Weise gefoltert. **Man hat mich stundenlang geschlagen. Schwere Riemen sausten zugleich auf meinen Kopf und über meinen Leib nieder. Ich wurde zu Boden geworfen. Die Polizeibeamten trampelten auf meinem Leib herum. Diese Folterungen dauerten manchmal stundenlang, bis ich blutüberströmt bewußtlos zusammenbrach.** Man hat mich immer wieder auf künstlichem Wege zum Bewußtsein gebracht. Hätte ich mich noch länger geweigert, zuzugeben, was die Polizeischergen von mir wollten, hätte ich meine Folterqualen nur verlängert. Ich konnte nicht länger widerstehen, und ich mußte sagen, was man eben von mir verlangte."

Politische Randbemerkungen

Eine neue Art von Lohndrückern. Großes Heil ist uns widerfahren, die Artamanen kommen. **Das Arbeitsamt der Artamanen wird in Halle a. d. Saale seinen Sitz haben. Was sind denn das für Leute?** Die „A. Z." schreibt: „Die Artamanenbewegung ist vollkommen unabhängig gegenüber Parteien, Berufsorganisationen, völkischen Verbänden; sie hat bisher sich durch eigene Kraft und Arbeit erhalten und wird sich ihre Unabhängigkeit bewahren."" Sehr schön, und was wollen die Leute? Sie wollen zeigen, „daß es möglich ist, auf großen deutschen Gütern die Polenarbeit durch deutsche Arbeit zu ersetzen". — Aha! Wurden bislang die Polen immer nach Deutschland geholt, weil sie angeblich bedürfnisloser seien und deshalb ihnen weniger Lohn gezahlt werden brauche, so soll jetzt gezeigt werden, daß auch der deutsche Arbeiter imstande ist, bei noch niedrigerer Entlohnung die gleiche Arbeit zu leisten. Doch das ist nur eine erste Aufgabe, darüber hinaus soll die Arbeit „geadelt" werden, jede Arbeit in Deutschland soll zu einem „Dienst" gemacht werden. (Wer denkt da nicht gleich an die Gesindeordnung u. a. m.) Und als drittes Ziel hat man sich die „Erziehung an der Tat" gestellt. — In der Tat, man geht wohl nicht fehl, wenn man hierin einen Ersatz für den preußischen Kommiß sieht. Das wollen die harmlosen Artamanen, die so gerne Wandervogellieder singen (Melodie: ... Stich und Hieb ... usw.) oder auch durchs Osterfeuer springen. Auch diese freie deutsche Drapierung wird nicht die Tatsache verbergen können, daß auch die Artamanen nicht besser sind als Jungdo, Stahlhelm, Roßbachs Freischaren und ähnliche Organisationen und Gruppierungen. Auf dem Weg über die Artamanen soll die Arbeitsdienstpflicht volkstümlich gemacht werden — diesen, ihren wahren Absichten entsprechend wird die Arbeiterschaft solchen Leuten begegnen müssen.

Was ist eine bürgerliche Regierung? Nun, die Sachvertreterin des betreffenden Volkes, welches regiert wird, wird die Antwort sein. Eine Regierung hat die Aufgabe, durch ihre Regierungstätigkeit die Interessen des ganzen Volkes wahrzunehmen, unbeeinflußt von irgendwelchen politischen oder wirtschaftlichen Strömungen bzw. Richtungen, so wird man weiter sagen. Zwei Beispiele aus den letzten Tagen beleuchten drastisch diese so oft bewiesene Objektivität bürgerlicher Regierungen. — Der Verfassungsausschuß des norwegischen Parlaments beschloß in letzter Woche die Mitglieder der ehemaligen Regierung Berge unter Anklage zu stellen, weil dieses Kabinett während seiner Regierungstätigkeit der Nordischen Handelsbank 25 Millionen Kronen aus Staatsmitteln lieh. (Gegen entsprechende Provision für die einzelnen Regierungsmitglieder natürlich.) Sogar der norwegische König war in dieses Geschäft verwickelt (pfui, wie profan). — Im englischen Unterhaus hat die Arbeiterpartei an den Ministerpräsidenten Baldwin die Anfrage gerichtet, ob der englische Wohlfahrtsminister Neville Chamberlain noch immer Direktor der Schiffsbaufirma Hoskins und Söhne in Birmingham sei, die Regierungsaufträge erhalte. — Nur zwei Ausschnitte, sie sind charakteristisch für das Wesen einer bürgerlichen Regierung. Regierungsstellen werden benutzt, um Privatfirmen Anleihen und Aufträge zu erteilen, die sowohl den beteiligten Firmen als auch den beteiligten Regierungsmännern erkleckliche Extragewinne einbringen. — Bürgerliche Regierungen sind immer die Sachverwalter bestimmter Kapitalistengruppen, nur die Regierung des werktätigen Volkes selbst, die Arbeiter- und Bauernregierung, wird die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung wahrnehmen können, weil sie nur dieser Mehrheit verantwortlich ist.

Und wieder führt uns Hindenburg! Es gibt zwar ein schönes Wort: „Wenn dich die bösen Buben locken, so folge ihnen nicht" und wir sind „Ihm" ja schon einmal gefolgt ins tiefste Elend hinein, aber — was schert das ein preußisches Lehrerherz oder besser die „Preußische Lehrer-Zeitung". Wenn auch so manchem ihrer Leser die Knochen zerschossen wurden, wenn gerade durch die Schule die eifrigste Propaganda für die Enteignung der kleinen Sparer gemacht wurde, dergestalt, daß man die Kinder anhielt, ihre Eltern aufzufordern, Kriegsanleihe zu zeichnen — deshalb fordert man in Nr. 84 obiger Zeitung trotzdem auf, den „lebendigen und melodiösen, markigen und im Schlußsatz grandiosen" Marsch „Und wieder führt uns Hindenburg" zu kaufen und wahrscheinlich doch auch den Kindern einzuüben. — Wir haben genug von „Seiner" Führung, wir werden unseren Weg schon allein suchen und gehen und mit uns unsere Kinder.

Arbeitskämpfe

Aussperrung

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf,** 16. Juli.

Die Direktion der Schraubenfabrik Bauer & Schaute in Neuß hat am Mittwochnachmittag die 870 Mann starke Belegschaft ausgesperrt. Die Feuerarbeiter der Schmiedeabteilung hatten durch den Betriebsrat die Forderung einer Hitzezulage gestellt. Die Direktion lehnte diese Forderung ab. Als die Feuerarbeiter auf ihrer Forderung bestanden, wurde kurzerhand die ganze Belegschaft ausgesperrt.

Streik im Ruhrgebiet

(Eig. Drahtm.) **Essen,** 16. Juli.

Die etwa 350 Mann starke Belegschaft der Notstandsarbeiten am Kanalbau in Bergeborbeck sind gestern geschlossen in den Streik getreten, da die Firma dazu überging, den bisherigen Schichtlohn von 4,96 Mk. abzuschaffen. Die Arbeiter sollten nur noch nach Leistung bezahlt werden, d. h. die Firma will ihnen pro Wagen, die ½ Kubikmeter fassen, 50 Pfennige zahlen.

Gefängnis für rote Frontkämpfer

Nach zehntägiger Dauer wurde vor dem Großen Schöffengericht in Bochum der **Landfriedensbruchprozeß gegen 20 Mitglieder des roten Frontkämpfer-Bundes** beendet. Der eine der Angeklagten erhielt 10 Monate, vier weitere je 6 Monate, die übrigen 3 bis 5 Monate Gefängnis, während zwei Angeklagte freigesprochen wurden.

Der Tatbestand, der diesem Terrorurteil zugrunde liegt, ist ein Ueberfall von Nationalsozialisten, die nach einer Versammlung eine Gruppe roter Frontkämpfer tätlich angriffen. Selbstverständlich wurden die roten Frontkämpfer verurteilt.

Roter Tag verboten

(Eig. Drathm.) **Ludwigshafen, 16. Juli.**

Der Rote-Frontkämpfer-Tag für die Pfalz, der für den kommenden Sonntag in Speyer geplant war, ist im Auftrage der bayrischen Regierung verboten.

Katz und sein Reichstagsmandat

Die „Niedersächsische Arbeiterzeitung" berichtet, daß Katz mit dem von ihm großsprecherisch gegründeten KAP-istischen „Spartakus-" und der linkskommunistischen Organisationen" in eine scharfe Differenz gekommen ist. In dem Programm dieses „Spartakus-Bundes" heißt es über den Parlamentarismus: „Der Spartakusbund bekämpft die Teilnahme am bürgerlich-kapitalistischen Parlamentarismus und jede direkte und indirekte Unterstützung der staatlichen Herrschaftsinstrumente." Auf Grund dieses Programmpunktes hätte Katz normalerweise sein Reichstagsmandat niederlegen müssen. Katz hat bisher die verschiedensten Ausreden gebraucht, um sein Reichstagsmandat zu behalten: z. B. daß er bei Niederlegung seines Mandates durch den Staatsgerichtshof verfolgt werde, andererseits, daß er ohne Mandat und Diäten nicht für die Organisation im Reichsmaßstabe wirken könne.

Diese Ausreden haben dazu geführt, daß sich die Gegensätze innerhalb des neuen „Spartakus-Bundes" so zugespitzt haben, daß man seine Gründe als nicht stichhaltig bezeichnete und ihm mit dem Ausschluß drohte. Außerdem herrscht eine starke Mißstimmung unter seinen Anhängern über das diktatorische Auftreten von Katz, der den neuen Spartakus-Bund sozusagen als sein persönliches Privateigentum betrachtet. Es wird eine feine Komödie sein, wie der weitere Kampf von Katz, dem Gegner der Parlamentsbeteiligung, um die Rettung seines **Reichstagsmandates vor sich gehen wird.**

Die amtliche Großhandelsindexziffer vom 14. Juli 1928

Die auf den Stichtag des 14. Juli berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem 7. Juli um 0,4 v. H. auf 128,1 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen gab die Indexziffer der Agrarerzeugnisse um 0,8 v. H. auf 130,0 nach, während die der Industriestoffe um 0,2 v. H. auf 124,4 anzog.

Neues vom Tage

Eisenbahnunfall in Hamburg

Das Eisenbahnbetriebsamt in Hamburg teilt mit: Am 15. d. M., um 7 Uhr 30 Minuten vormittags, fuhr ein Rangierzug auf eine Gruppe von Wagen auf, die auf der Kammerbrücke standen. Drei Wagen entgleisten, zwei beladene Wagen fielen in den Kammerkanal. Auch der Rangiermeister stürzte in den Kanal, konnte aber gerettet werden.

Typhus im Kreise Glogau

Im Landkreise Glogau sind verschiedene Typhusfälle zu verzeichnen. Die Erkrankten, bei denen allerdings keine Lebensgefahr besteht, sind im Städtischen Krankenhaus untergebracht worden.

Grauenhafter Selbstmord einer Irrsinnigen

In einem Anfall geistiger Umnachtung beging die Tochter des Arbeiters Bartels in Cammin Selbstmord. Sie begoß sich mit Benzin und zündete sich dann an. Unter entsetzlichen Qualen starb sie bald nach ihrer Einlieferung im Krankenhaus.

Temperamentvolle Liebesbezeugungen

Ein Brautpaar unternahm in der Umgebung Bingens einen Ausflug. Unterwegs geriet es in Streit, in dessen Verlauf das Mädchen derart temperamentvoll wurde, daß es kurzerhand dem Bräutigam die Nase abbiß und auch einen Ohrzipfel erheblich verletzte.

6 Hitzschläge am Vormittag in Berlin

Infolge der anhaltenden Hitze — in den Mittagsstunden wurden 32 Grad Celsius gemessen — erlitten 6 Personen heute vormittag in Berlin Hitzschläge, die die Städtischen Rettungsstellen in Anspruch nehmen mußten. Soweit bisher bekannt wurde, ist kein Fall tödlich verlaufen.

Das teure Pferdeputzen

Auf einem kürzlich in Roßla abgehaltenen Pferdemarkt bot ein Bauer der Umgebung ein äußerlich sehr wenig gepflegtes und schlecht aussehendes Pferd stundenlang vergeblich zum Verkauf an. Nach endlosen Verhandlungen gelang es ihm schließlich, das Tier für 75 Mark an einen Zigeuner loszuschlagen. Nun machte er sich daran, ein neues für das verkaufte Pferd auszusuchen. Hierüber vergingen wieder einige Stunden. Endlich fand er ein geeignetes Roß und man einigte sich nach langem Feilschen auf einen Preis von 150 Mark. Es war ein gleichfarbenes, sauber gehaltenes Tier. Wer beschreibt aber den Schrecken des Bauern, als das Pferd, im Dorf angelangt, von selber Hof und Stall fand. Als der erstaunte Pferdebesitzer Licht machte, wurde er gewahr, daß er sein eigenes Pferd, allerdings in gereinigtem Zustand, von demselben Zigeuner zurückgekauft hatte, der sich auch nur umgezogen hatte.

Winter in Italien

In Italien ist das Wetter fast winterlich. Ueber Neapel ging ein Wolkenbruch nieder. Zahlreiche Kellerwohnungen und einzelne Straßenzüge wurden unter Wasser gesetzt. Mehrere bedrohte Gebäude mußten niedergelegt werden. Menschenleben sind bisher nicht zu beklagen. Auch in Rom hat es den ganzen Tag geregnet. In der Gegend von Viareggio sind gleichfalls Wolkenbrüche niedergegangen, die auf den Feldern großen Schaden angerichtet haben.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

(Eig. Drahtm.) **Weimar,** 16. Juli

Nachdem der Innenminister Sattler die Schandtaten der Nationalsozialisten restlos verteidigt und dem Weimarer Stadtrat gedroht hatte, daß die Regierung noch mit ihm fertig werden würde, wurden die Mißtrauensanträge der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt. Sattler verteidigte sich mit Hilfe der völkischen Stimmen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Kies stellte noch fest, daß der Nationalsozialist Dinter im Jahre 1904 ein von ihm verfaßtes deutschfeindliches Theaterstück in Mülhausen (Elsaß) zur Erstaufführung und später in Berlin zu 60 bis 70 Wiederholungen brachte.

... daß sich die Balken biegen. Im „Vorwärts" scheint die Hitzewelle redaktionellen Schaden zu stiften. Obwohl der „Vorwärts" ganz genau weiß, daß die Erwerbslosenunruhen nicht in Moskau, sondern in nächster Nähe der „Vorwärts"-Redaktion, nämlich im Berliner Arbeiterviertel stattgefunden haben, telegrapiert er in die Welt hinaus, daß es sich um die Arbeiterviertel Moskaus handele. Man merkt, daß der Kuckuck wieder Eier legt.

Annahme der Ermächtigungsvorlage im belgischen Senat. Der Senat hat die Vorlage, die dem König besondere Vollmachten zur Stützung des Franken erteilt, mit 112 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Die Kammer nahm in zweiter Lesung die Paragraphen des Gesetzentwurfes, das dem König besondere Vollmachten zur Stützung des Franken verleiht und darauf die gesamte Vorlage mit 135 gegen 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen an.

Unter faschistischem Banner. Während in Italien die faschistische Regierung wieder auf der Kommunistenjagd ist, beschäftigt sie sich in Cyrenaika mit einer sogenannten Säuberungsaktion gegen die Eingeborenen, die am 30. Juni einen bewaffneten Transportzug italienischer Truppen überfielen und 22 Soldaten und 5 Regierungsbeamte töteten.

Erneute Zusammenstöße in Kalkutta. Um wieder einen Aderlaß unter den Eingeborenen herbeizuführen, wurden durch die Regierungsbehörden die Rassengegensätze unter den Eingeborenen, Mohammedanern und Hindus, erneut zur Siedehitze gebracht. Nach dieser Vorbereitung stürzte sich dann das Militär und die Polizei auf die Eingeborenen und schoß auf sie, wobei eine Person getötet und 40 schwer verwundet wurden.

Die Kohlenförderung im Donezrevier im April. Die Kohlenförderung der wichtigsten Gruben des Trusts „Donugol" betrug im April 75,6 Mill. Pud Steinkohle und Anthrazit oder um 14,2 Prozent mehr, als das Aprilprogramm vorsah. In den kleinen Gruben wurden in derselben Zeit 3 100 000 Pud gefördert, so daß die Gesamtausbeute 78,7 Mill. Pud beträgt und damit die Rekordziffer der Jahre nach der Revolution erreicht hat.

Die Zunahme des landwirtschaftlichen Maschinenbaues. Der landwirtschaftliche Maschinentrust der Ukraine stellte im April landwirtschaftliche Maschinen und Geräte im Gesamtwerte von 4,55 Mill. Vorkriegsrubel her (um 12,5 Prozent mehr als im März und um 9 Prozent mehr als im Programm vorgesehen). Die Arbeitsleistung erhöhte sich im April gegen März um 12 Prozent.

In Stalingrad ist am 16. Mai der Bau der ersten Traktorenfabrik der Sowjetunion in Angriff genommen, in der nach ihrer Fertigstellung 10 000 Arbeiter beschäftigt werden sollen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260716-15/fragment/page=0003

Noch und noch Preisherabsetzungen

Im Saison-Ausverkauf

Heute, Angebote, die **sobald** nicht wiederkehren

Im Parterre unseres Hauses haben wir eine Klöppelmaschine in Betrieb gesetzt um unseren Kunden die Herstellung der Klöppelspitze vorzuführen

Waschmousseline nur neue Muster, jetzt Meter 0,68, 0,48	0,35
Frottéstoffe in vielen Mustern . . jetzt Meter 1,15	0,72
Vollvoile modernste Muster, ca. 100 cm breit . . . . jetzt Meter 1,25	0,88
Waschkrepp in viel. Farben, jetzt Meter 0,78	0,48
Waschkrepp in d. neuesten Mustern, doppelt breit . . . . jetzt Meter 1,35	0,98
Kunstseid. Trikot in vielen Farben, ca. 100 cm breit . . . . . jetzt Meter	1,25

Hocker Peddigrohr jetzt . . . 4^{75}

Peddigrohr-Sessel jetzt . . . 5^{90}

Korbtische mit 2 Platten jetzt . . . 7^{90}

Wischtücher kariert . . . . . jetzt Stck.	0,18
Kaffeedecken neue karierte Muster, jetzt Stck.	0,95
Stuben-Handtücher Halbleinen, vorzügl. Damast-Qualität . . . . . jetzt Stck.	0,98
Rohnessel Bettlakenbreite, starkfädige Ware . . . . . jetzt Meter	1,18
Tischtücher schneeweiße Damast-Qualität jetzt Stck.	2,45
Bettbezüge mit Kissen, weiß, aus starkem Stoff . . . . . jetzt	4,25

Liegestühle jetzt 5^{90} 3^{90}

Waschseide nur neue Muster jetzt Meter 98 85 75_{Pf}

Liegestühle mit Fußlehne jetzt 10^{50} 9^{75}

Waschseide letzte Neuheiten 100 cm 130 cm m. Bordüre jetzt 1^{85} jetzt 2^{45}

Waschmoussel.-Kleid. neue Muster, jetzt Stück 3,75	1,75
Waschseid.-Kleider neue Muster, jetzt Stück 4,75	2,75
Alpaka-Mäntel schwarz u. marine, jetzt St. 16,50	11,50
Kinder-Kleidchen aus rosa und hellblau Voile Größe 45/55 . jetzt Stück 1,25	0,98
Voile-Kleider weiß mit Stickerei nur Größe 75/80, jetzt Stück	3,95
Damen-Hüte garniert und ungarniert, zum Aussuchen, jetzt St. 2,00 1,00	0,50

Reisekoffer Hartplatte mit echten Vulkan-Fibre-Ecken

50 cm jetzt . . . 2^{85}

55 cm jetzt . . . 3^{85}

60 cm jetzt . . . 4^{75}

65 cm jetzt . . . 5^{75}

Dam.-Jumperschürzen gestreift . . . . . jetzt	0,55
Damen-Beinkleider gemoliert, aus gutem Waschstoff . . . . . jetzt	0,95
Damen-Trikotschlüpfer schöne Farb., gute Qual., jetzt	0,88
Dam.-Schlupfhosen Kunstseiden-Trikot, II. Wahl farbig sortiert . . . . jetzt	1,45
Dam.-Strümpfe Seiden-flor, II. Wahl, hochwert. Qualitäten, mit Doppelsohle und Hochferse jetzt Paar	1,45
Herren-Socken Seidenflor, farbig, II. Wahl, mit Doppelsohle und Hochferse jetzt Paar	0,75

Gardinennessel farbig jetzt Mtr. 68 45_{Pf}

Einzelne Damen- und Kinderstrümpfe u. Herren-Socken II. Wahl zum Aussuchen jetzt Paar 48 38_{Pf}

Madras-Garnituren 3-teilig jetzt 2^{95} 1^{95}

Wäschegarnitur Ia. Makostoff bestickt 2 teilig Tageshemd u. Beinkleid jetzt Garnitur 5^{90}

Badeartikel

Badehosen aus Trikotstoff . . . jetzt Stück 0,55 0,35	0,15
Badekappen aparte Fantasieformen . jetzt Stück 0,95	0,68
Badeschuhe geflochten, aus Schilf . . . . jetzt Paar	1,45
Frottierhandtücher weiß und bunt . . jetzt Stück 1,95 1,45	0,75
Damen-Badetrikot . . . . . jetzt Stück	0,95
Herren-Badetrikot . . . . . jetzt Stück	1,95

Badelaken erstklassige Fabrikate

Gr. 80/80 jetzt 1,95	Gr. 80/100 jetzt 2,25
Gr. 100/100 jetzt 2,45	Gr. 100/150 jetzt 4,95
Gr. 125/160 jetzt 7,75	Gr. 145/200 jetzt 9,75

NUSSBAUM

Halle a. d. S. **Das Kaufhaus für Alle** Gr. Ulrichstr. 60-61

In unserem

Saison-Ausverkauf

bringen wir einen großen Posten

Sport- und Lodenanzüge

zu ganz besonders billigen Preisen

Loden-Anzüge	mit kurzer oder langer Hose	52,00	39,00	32,00	23,00
Sport-Anzüge	mit kurzer oder langer Hose, teils mit 2 Hosen	55,00	44,00	35,00	25,00
Anzüge	aus prima Gabardine und Nadelstreifen	69,00	52,00	39,00	26,00

Auf diese billigen Preise gewähren wir Ihnen noch einen mehrmonatl. Kredit

2644

Franz Mettner G. m. b. H. Neumarktstr. 8 Merseburg, Weißenfelser Straße 7

Sehr feine **Tafel-Butter**

reine **Natur-Butter**

Marke Muschel Stück **95** Pfennig

Saftige, vollfette

Emmentaler Schweizerkäse

Pfund **180** Pfennig

Was Du brauchst für die Reise oder im Hause — kaufe bei

2361

J. H. Krause

---

2 Waggon Porzellan

zu außergewöhnlich niedrigen Preisen!

Beachten Sie gefl. meine Schaufenster!

863

Merseburg **Paul Ehlert Nfg.** Entenplan 11

Gewerkschaftsfest in Teuchern am 17. und 18. Juli 1926

Wir laden zu unserem Gewerkschaftsfest alle Einwohner von Teuchern und Umgegend herzlichst ein 1862

Sonnabend, abends 9 Uhr: **Großer Fackelzug.** Fackeln sind im Gasthof „Zum grünen Baum" erhältlich und werden zum Selbstkostenpreis abgegeben. Daran anschließend **großer Ball**

Sonntag, früh 5 Uhr: Wecken durch den Spielmannszug des Sportkartells

Nachmittag 12.30: Antreten zum **Festzug** durch die Stadt. Anschließend Kinderbelustigung, Tombola, Preisschießen und Kegeln. Abends **Ball.** Zum Umzug wird jeder Gewerkschafter verpflichtet.

Gewerkschaftskartell

Z. A.: Rob. Brauer

Spendet f. d. „Rote Hilfe"

Bezirks-Konsumverein Eingetragene Genossenschaft m. b. H. **Weißenfels-Naumburg** beschr. Haftpflicht zu Weißenfels

Achtung! Spareinlagenzinsen!

Zwecks Zuschreibung der Zinsen

bitten wir unsere Mitglieder um Vorlegung ihrer Spareinlagekarten bezw. Bücher. **Der Vorstand**

Mitglieder! Stellt Eure Spargroschen nicht dem Kapitalismus zur Verfügung. Spart nur in Eurer Genossenschaftssparkasse. Günstige Verzinsung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260716-15/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung

Faule Ausreden

Die englischen Bergarbeiter führen seit vielen Wochen einen heroischen Kampf gegen die Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter. Jeder deutsche Arbeiter ist sich darüber klar, daß in dem Augenblick, wo die englischen Bergarbeiter unterliegen und sich einen Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit gefallen lassen müssen, ein erneuter Angriff der deutschen Unternehmer auf die Löhne der Bergarbeiter und anschließend auf die Löhne der übrigen Arbeitergruppen erfolgt. Trotzdem wird Streikbrecherkohle nach England geliefert. In den Duisburg-Ruhrorter Häfen werden gegenwärtig weit über 100 000 Tonnen täglich umgeschlagen. Vor dem englischen Streik war der tägliche Umschlag 60 000 bis 70 000 Tonnen.

Die „Industrie- und Handelszeitung" teilt in einem informatorischen Artikel aus England mit, daß die „zuständigen Stellen" in England in ihrer Hoffnung auf eine Niederlage der Bergarbeiter bestärkt werden „durch die ständig zunehmende Einfuhr fremder Kohle, durch die dem Streik gewissermaßen das Rückgrat gebrochen wird".

Die Opposition in den deutschen Gewerkschaften hat auf diese Gefahr mit aller Schärfe aufmerksam gemacht.

Wie der „Vorwärts" mitteilt, hat sich nun endlich eine Konferenz der niederrheinischen Hafenstädte mit dieser Frage beschäftigt und zu dem Vorwurf des Streikbruchs Stellung genommen. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die am 8. Juli in Düsseldorf tagende Zusammenkunft der Vertreter der Verwaltungsstellen und der Hafenarbeiter des rheinischen Gebietes nimmt Kenntnis von dem Bericht des Vertreters des Bundesvorstandes, Kollegen Döring-Berlin, über die Verhandlungen der IGF. mit den englischen Eisenbahnern und Transportarbeitern über die Hilfe, die den englischen Bergarbeitern gebracht werden könnte.

Die Kollegenschaft bringt zum Ausdruck, daß die Hafenarbeiter in allen Fällen internationale Solidarität geübt haben und dazu jederzeit bereit sind, unter Ueberna hme der größten Entbehrungen. Sie halten es eben für erforderlich, daß zunächst die englischen Eisenbahner, Transportarbeiter und Seeleute die strengste Solidarität zu üben haben.

Die Kollegenschaft stellt sich einmütig hinter die Anweisungen des Bundesvorstandes und erneuert den Beschluß, sofort in Aktion zu treten, sobald der Bundesvorstand dazu aufruft."

Daß den englischen Bergarbeitern Hilfe gebracht werden muß, wird ausdrücklich zugegeben. Auch die Tatsache, daß die deutschen Hafenarbeiter jederzeit bereit sind, die notwendige Hilfe zu leisten, wird anerkannt. Aber — jetzt kommt der Pferdefuß — erst sollen die englischen Transportarbeiter „strengste Solidarität üben".

Wir sind der festen Ueberzeugung, und in der Resolution wird es auch ausdrücklich zugegeben, daß die deutschen Transportarbeiter auf Befehl ihrer Gewerkschaftsleitung jederzeit bereit sind, den Kohlentransport nach England abzustoppen. **Weshalb kommt dieser Befehl nicht? Die Ausrede, daß die englischen Transportarbeiter ja auch Kohle transportieren, ist sehr faul, sie könnten es nicht, wenn eben die deutschen Eisenbahner und Hafenarbeiter jeden Kohlentransport nach England und englischen Märkten verweigern.**

Die Gefahren einer Niederlage der englischen Bergarbeiter sind bekannt. Die Notwendigkeit der internationalen Hilfe wird zugegeben. Schluß mit den faulen Ausreden.

Her mit der Kohlenblockade gegen England!

Ortsausschuß Gotha des ADGB. für die englischen Bergarbeiter

In seiner Sitzung am Dienstag, dem 13. Juli, nahm der Ortsausschuß Gotha des ADGB. Stellung zum Kampf der englischen Bergarbeiter und faßte einstimmig folgende

Entschließung:

Der Ortsausschuß Gotha des ADGB. nimmt nach eingehender Diskussion zum Stand des Bergarbeiterstreiks in England Stellung und begrüßt den heldenmütigen Kampf der englischen Klassengenossen. Der Kampf der englischen Bergarbeiter ist nicht allein Sache des englischen Proletariats, da ja die Offensive des Kapitalismus gegen das Proletariat nicht eine nationale, sondern eine internationale Angelegenheit ist. Der Ortsausschuß des ADGB. Gotha kann sich deshalb mit der Haltung des Bundesausschusses des ADGB. Berlin zum englischen Bergarbeiterstreik nicht einverstanden erklären und stellt, da bis heute vom Bundesausschuß keine durchgreifende Maßnahme geführt ist, nachfolgende Forderungen:

1. **Unterbindung jeder Kohlenausfuhr, auch nach den sogenannten „neutralen" Häfen.**
2. **Durchgreifende finanzielle Unterstützung durch Erhebung von Extrabeiträgen in den Gewerkschaften.**
3. **Verweigerung jeder Arbeit, die als Streikbrecherarbeit gegen die englischen Bergarbeiter in Frage kommt.**

Darüber hinaus hält es der Ortsausschuß Gotha für unbedingt notwendig, die deutschen Gewerkschaften aufmerksam zu machen, daß auch sie nach dem Vorbild der englischen Bergarbeiter den Kampf für die Wiedereroberung der ihnen genommenen Rechte, für Wiedereinführung der starren Achtstundentages, für ausreichende Löhne, für durchgreifende soziale Maßnahmen beginnen müssen.

Ein solcher geschlossen durchgeführter Kampf ist zugleich die beste Unterstützung der kämpfenden Klassengenossen in England.

Der Ortsausschuß be. ADGB. Gotha begrüßt insbesondere die sofortige finanzielle Hilfe der russischen Gewerkschaften und gelobt, alles daran zu setzen, im Bereich des Ortsausschusses Gotha eine Hilfsaktion zur finanziellen Unterstützung der englischen Bergarbeiter durchzuführen. Weiter erwarten wir, daß alle Ortsausschüsse dem Auf des englischen Bergarbeiterverbandes nachkommen und alle ihre Kräfte einsetzen, um eine große Sammelaktion zur tatkräftigen finanziellen Unterstützung der englischen Bergarbeiter durchführen zu können.

Noch einmal die DMV.-Verbandstagwahlen

Leider können wir, da uns keine vollständigen Zahlen zur Verfügung stehen und auch der DMV. im Bezirksmaßstabe anscheinend nicht in der Lage ist, ein abschließendes Endresultat mitzuteilen, in einer kurzen Schlußbetrachtung uns nur auf die vorhandenen Teilresultate stützen.

Danach ergibt sich folgendes Bild:

Wahlbezirk:	Abgegeb. Stimmen	Liste A	Liste B	Ungültig
Magdeburg	3823	2941	882	—
Artern-Staßfurt	1147	683	380	84
Schönebeck-Zeitz	1453	1227	198	31
Bitterfeld-Thale	1222	1055	164	8
Aschersleben-Wittenberg	1806	1229	565	12
Bockwitz-Zerbst	1433	894	509	30
Alten-Weißenfels	1567	823	587	157

In Dessau war nur eine Liste der Reformisten aufgestellt.

Mit Halle sind insgesamt abgegeben 14 573 Stimmen und zwar 9948 Stimmen für die Reformisten und 4272 Stimmen für die Opposition. 353 Stimmen waren ungültig. Außer in Halle ist in allen angeführten Wahlbezirken ein SPD.-Delegierter gewählt worden, neun SPD.-Delegierten steht ein KPD.-Delegierter gegenüber. Das Verhältnis der Stimmen zueinander verhält sich jedoch ungefähr wie 3 : 2, so daß also bei Verhältniswahl sechs SPD.-Delegierte und vier KPD.-Delegierte zu entsenden wären. Dadurch jedoch, daß einfache Mehrheit entschiedet, fallen Tausende von Stimmen, die für die oppositionellen Kandidaten abgegeben wurden, einfach unter den Tisch.

Genau so sieht es natürlich in anderen Bezirken des DMV. aus. Das erste Siegesgeschrei der SPD.-Presse ist denn auch merklich verstummt und die „Dresdener Volkszeitung" sieht sich sogar zu folgenden Auslassungen veranlaßt:

„Obgleich die KPD., die vor zwei Jahren auf dem Verbandstag in Kassel rund 34 Prozent der Delegierten hatte, zum Bremer Verbandstag nur 16 Prozent der Delegierten stellt und außer den 13 Berliner Delegierten im ganzen Reiche nur weitere fünf Delegierte erhielt, ist bei näherer Betrachtung des Stimmenverhältnisses ein beträchtliches Erstarken des kommunistischen Einflusses in den deutschen Gewerkschaften seit ungefähr 1½ Jahren zu verzeichnen. Die geringe Delegiertenzahl darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Kommunisten in planmäßiger und zäher Arbeit ihren Einfluß auf die Verbandsmitgliedschaft zu steigern bestrebt sind. Bei Anwendung des Verhältniswahlsystems hätten die Kommunisten in Sachsen statt zwei Mandate elf bis zwölf Mandate erhalten."

Wenngleich die Opposition mit dem Ausgang der Wahlen sich nicht zufriedengeben kann, so dürfen wir diese ungewollte Anerkennung immerhin mit Genugtuung verbuchen und muß dieses für alle Genossen in den Gewerkschaften ein Ansporn sein, mit verstärkter Kraft die Arbeit der Revolutionierung der Gewerkschaften fortzuführen. Nutzen wir die Erfahrungen!

Kündigungsschutz für Angestellte

Gehaltsnachzahlung für entlassene Angestellte

Nach monatelangen Beratungen hat der Reichstag am 2. Juli ein Gesetz angenommen, das den älteren Angestellten einen erhöhten Schutz geben soll. Es wird von keiner Seite mehr ernsthaft bestritten, daß die Auswirkungen der Rationalisierung und der Krise die Angestellten besonders schwer treffen. Aeltere Angestellte werden massenweise durch jüngere, billigere Kräfte ersetzt. Und wer von den Angestellten über 40 Jahre alt ist, hat niemals wieder Aussicht, in einen Betrieb hineinzukommen. Auf den Druck der Angestelltenmassen hin bequemten sich im Herbst vergangenen Jahres auch die Angestelltenvertreter der bürgerlichen Parteien im Reichstag dazu, Schutzmaßnahmen für die älteren Angestellten vorzuschlagen. **Die kommunistische Fraktion hatte schon im Februar 1925 konkrete Anträge zur Erweiterung der völlig ungenügenden Kündigungsbestimmungen usw. des Handelsgesetzbuches und der Gewerbeordnung eingebracht.** Endlich, im Frühjahr d. J., waren die Dinge so weit gediehen, daß der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages für diese Angelegenheiten einen Unterausschuß bildete, der nur aus Angestelltenvertretern zusammengesetzt war und in dem sich auch der Genosse Torgler befand. In diesem Unterausschuß einigte man sich schließlich auf die Meldepflicht der Unternehmer bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen, auf eine gewisse **Einschränkung der Chiffreanzeigen**, auf die **Zahlung von Ablehrgeldern** und die **Verlängerung der Kündigungsfristen.**

Als nun der Bericht des Unterausschusses vor den sozialpolitischen Ausschuß kam, haben die Angestelltenvertreter der bürgerlichen Parteien bescheiden in der Ecke gesessen und gar nichts gesagt. Sie haben es den Unternehmervertretern ihrer eigenen Parteien überlassen, eine unerhörte Attacke gegen die Ergebnisse des Unterausschusses zu reiten. Ermutigt dadurch hat dann die Regierung im Plenum eine Vorlage eingebracht, die unter bestimmten Bedingungen eine Verlängerung der Kündigungsfrist für ältere Angestellte auf ganze drei Monate vorsah. **Die kommunistische Fraktion hat im Gegensatz dazu einen vollständigen Gesetzentwurf eingebracht, dessen Annahme einen wirklichen Schutz der älteren Angestellten bedeutet hätte.** Es sind darin enthalten: die Meldepflicht der Unternehmer bei öffentlichen Arbeitsnachweisen für freiwerdende Stellen, ein vollständiges Verbot der Chiffreanzeigen, die nur zum Lohndruck und zu dunklen Zwecken benutzt werden. Weiter soll der Unternehmer verpflichtet werden, auf je fünf Angestellte einen Angestellten über 35 Jahre zu beschäftigen, und wenn diese Bestimmung verletzt wird, so soll er mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten bestraft werden. Schließlich ist noch für länger beschäftigte Angestellte die Verlängerung der Kündigungsfristen, angefangen von 3 Monaten bis zu 2 Jahren, und die Zahlung von Abkehrgeldern vorgesehen.

Die **bürgerlichen Parteien** und ihre **Angestelltenvertreter**, die vorher den Mund vollgenommen hatten, haben dieses Gesetz **abgelehnt.** Beschlossen wurde schließlich, daß ein Unternehmer, der mehr als zwei Angestellte beschäftigt, den über fünf Jahre Beschäftigten nur mit einer Frist von 3 Monaten zum Schluß eines Kalendervierteljahres kündigen kann. Bei einer Beschäftigungsdauer von 8 Jahren erhöht sich die Kündigungsfrist auf 4 Monate, bei 10 Jahren auf 5 Monate, bei 12 Jahren auf 6 Monate zum Quartalsschluß. Bei der Berechnung der Beschäftigungsdauer werden jedoch nur die Dienstjahre nach dem vollendeten 25. Lebensjahre angerechnet. Dieser sogenannte Schutz der älteren Angestellten wird sich in der Praxis in den meisten Fällen in sein Gegenteil verkehren. Für die Unternehmer und ihre Juristen gibt es genug Mittel und Wege, um die verklausulierten Bestimmungen des Gesetzes zu umgehen oder unwirksam zu machen. Das ist jetzt schon in vielen Fällen bei den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches und der Gewerbeordnung der Fall. Ehe die längeren Kündigungsfristen in Kraft treten, wird den Angestellten gekündigt, und sie werden eben neu eingestellt. Man kann sich weiterhin der Befürchtung nicht erwehren, daß nunmehr die sogenannte Altersgrenze der Angestellten, die bisher beim 40. Lebensjahr lag, von den Unternehmern **noch weiter herabgesetzt wird.** Unter diesen Umständen konnte die kommunistische Reichstagsfraktion diesem Gesetz nicht zustimmen. Einen wirklichen Schutz für die Angestellten hätten eben nur die Bestimmungen des kommunistischen Gesetzentwurfes in ihrer Gesamtheit geboten. Das Wichtigste daran waren der Einstellungszwang und die Zahlung von hohen Abkehrgeldern.

Der Reichsrat hat beschlossen, gegen das neue Gesetz keinen Einspruch zu erheben. Es soll rückwirkend ab 15. Mai gelten, so daß Kündigungen seit diesem Tage unter die neuen Bestimmungen fallen. **Angestellte, Werkmeister, Techniker usw., die inzwischen aus dem Betrieb ausgeschieden sind, jedoch durch langjährige Beschäftigung bei ihrem Unternehmer auf die längere Kündigungsfrist Anspruch haben und denen nach dem 15. Mai gekündigt wurde, müssen deshalb sofort ihrem früheren Unternehmer ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Verzichtet er auf ihre Dienstleistung, dann ist er verpflichtet, für die Monate, für die die neuen Kündigungsfristen noch laufen, das Gehalt zu bezahlen.**

Arbeiter, wahrt Eure Rechte!

Für die Arbeiterschaft sind zwei Gerichtsurteile von Bedeutung, die kürzlich im Buchdruckgewerbe gefällt wurden.

Im ersten Fall handelt es sich um die unberechtigte Veröffentlichung des Namens eines Buchdruckers auf der schwarzen Liste der Unternehmer. Der Betreffende erhob daraufhin bei dem zuständigen Amtsgericht Klage gegen den Verein Berliner Buchdruckereibesitzer. Das Gericht verurteilte den Prinzipalsverein zur Zahlung einer Geldstrafe von 350 Mark und zur Tragung der Gerichtskosten. Außerdem wurde dem Verein untersagt, künftig in der „Zeitschrift", dem Organ der Unternehmer, derartige Veröffentlichungen vorzunehmen.

Die zweite gerichtliche Entscheidung gegen einen Unternehmer wurde in Königsberg i. Pr. herbeigeführt. Dort war vor mehr als zwei Jahren ein Betriebsratsobmann unrechtmäßig entlassen worden, obwohl gegen die Kündigung sofort Einspruch erhoben wurde. Dem Entlassenen wurde schließlich das Betreten der Druckereiräume verboten. Trotzdem betrachtete sich der Obmann als zum Betrieb gehörig und wurde auch von den Betriebsangehörigen bei Wahlen zum Betriebsrat stets auf die Kandidatenliste gesetzt. Nunmehr ist nach der Entscheidung des angerufenen Gerichts die Wiedereinstellung erfolgt. Da die seinerzeitige Entlassung nicht zu Recht erfolgt war, mußte die Firma den Lohn für die ganze Zeit von über zwei Jahren nachzahlen.

Diese beiden gerichtlichen Entscheidungen lassen die Notwendigkeit der Ausnutzung aller Rechtsmittel durch die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft erkennen.

Die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen

Der Ortsausschuß Hamburg des ADGB. gibt soeben seinen Bericht vom Jahre 1925 heraus. Wir greifen aus der Fülle seines Inhalts die Erhebungen über die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen vom Dezember 1925 heraus. Unter 22 Jahren waren erwerbslos in Hamburg von

1003 Schlossern	50 v. H.	274 Bautischlern	28 v. H.
106 Feinmechanikern	40 v. H.	356 Bäckern	28 v. H.
175 Elektrikern	45 v. H.	384 Schneiderinnen	35 v. H.
321 Schmieden	42 v. H.	244 im graphischen Gewerbe Beschäftigten	25 v. H.
343 Klempnern	35 v. H.	310 Schneidern	25 v. H.
629 Maurerhandlangern	52 v. H.		
719 Möbeltischlern	30 v. H.		

Ausbau und Arbeit einer Gewerkschaft in der Sowjetunion

Der Sekretär der intern. Lebensmittelarbeiterunion, Schifferstein, weilte vor wenigen Wochen anläßlich des Verbandstages des Lebens- und Genußmittelarbeiterverbandes der Sowjetunion in Moskau. Dieser Verband gehört als einer von wenigen Verbänden des russischen Gewerkschaftsbundes einer dem Internationalen Gewerkschaftsbund Amsterdam angeschlossenen Berufsinternationale an. Schifferstein hielt sich ungefähr 3 Wochen in der Sowjetunion — in Leningrad, Moskau und Kiew — auf und besichtigte eine Anzahl von russischen Lebensmittelbetrieben. Ueber die von ihm gewonnenen Eindrücke über das Arbeiter- und Verbandsleben in der Sowjetunion, insbesondere der Lebensmittelarbeiter, berichtete er Ende Juni in einer Vertrauensmännerkonferenz des Oesterreichischen Lebensmittel- und Genußarbeiterverbandes. Wir wollen nicht unterlassen, den Lebens- und Genußmittelarbeitern Deutschlands auf diesem Wege einiges wiederzugeben, wie es von der Wiener „Arbeiterzeitung" am 11. Juni berichtet wird. Danach hat Schifferstein u. a. folgendes ausgeführt:

„Ich habe in Rußland Gelegenheit gehabt, eine große Anzahl von Betrieben zu besichtigen. Ich möchte gleich feststellen, daß ich volle Bewegungsfreiheit hatte. Manche Betriebe sind veraltet und zum Teil unmodern. Es gibt aber auch neue Betriebe, die auf das modernste eingerichtet sind. Einige Lebensmittelbetriebe befinden sich auch im Bau. Diese werden selbstverständlich mit den neuesten Erfahrungen der Technik ausgestattet. Da die Russen an Patente nicht gebunden sind, können sie alle Errungenschaften der modernen Technik benutzen."

Ueber die Ziele der russischen Gewerkschaften heißt es,

„daß sie andere Methoden zu befolgen und auch andere Probleme zu verwirklichen haben. Sie haben sich die Aufgabe gestellt, den Staat moralisch und praktisch zu unterstützen, die Arbeitsproduktivität zu heben und die Sanierung der Produktion durchzuführen.

Der größte Teil der gewerkschaftlichen Arbeit wird darauf verwendet. Der erste Eindruck, den man erhält, unterscheidet sich gar nicht von dem Bild der vielen anderen Verbandstage bei uns, die ich gesehen habe. Aber kaum hat der Vorsitzende das Wort ergriffen, so merkt man, daß die Dinge hier anders liegen. Der Vorsitzende wies gleich in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß es wohl außerordentlich wichtig sei, im Zusammenhang mit der gesamten russischen Wirtschaft, die Produktion zu heben, denn die Voraussetzung für die Erhöhung der Löhne ist die Erhöhung der Produktivität usw."

Weiter spricht Schifferstein folgendes aus:

„Die Diskussion war außerordentlich sachlich, die Delegierten beherrschen wirklich die Probleme. Man muß sich wundern, wie vollendet und mit welchem Wissen die Leute über den Ausbau der Produktion und wirtschaftliche Probleme sprechen. Man muß offen zugeben, daß die Verbandstage bei uns nicht immer auf dieser Höhe stehen. Wir müssen auch in unserer Bewegung darauf dringen, daß alle Mitglieder die wirtschaftlichen Probleme ganz erfassen. Von den Beschlüssen, die gefaßt wurden, ist wichtig, daß die Betriebsräte, die bis jetzt alle sechs Monate gewählt wurden, nun alle Jahre gewählt werden sollen. Auf den Betriebsräten ruht die Stärke des Verbandes."

Ferner wird gesprochen von der gewerkschaftlichen Unterstützung der Arbeitslosen, über die Lohnpolitik, den inneren Ausbau des Verbandes, über die Arbeitsintensität und Löhne und anderes mehr. Hervorzuheben aus dem Bericht verdient noch folgendes über die Kultur- und Bildungsarbeit:

„Sehr wichtig ist die kulturelle Abteilung. Sie organisiert die Klubs in den Betrieben, die unter der Arbeiterschaft in den Betrieben Bildung und Geselligkeit pflegen, sie gründet Bibliotheken in den Betrieben, veranstaltet Theatervorstellungen und sorgt in jeder Beziehung für die kulturelle Hebung der Mitglieder."

Ueber die Ausbildung der Jugendlichen wird folgendes gesagt:

„Die jungen Arbeiter arbeiten vier Stunden in der Fabrik und werden vier Stunden theoretisch ausgebildet. Ich habe solche Betriebsschulen besichtigt, in denen die jugendlichen Arbeiter theoretisch unterrichtet werden; sie sind sehr gut. Die Jungen stehen der Arbeit und der Maschine nicht mehr verständnislos gegenüber, sie wissen über die Kraftübertragung, den inneren Aufbau der Maschine gut Bescheid. Auch für die erwachsenen Arbeiter werden in großen Bezirken Schulen abgehalten, in denen man das Verständnis der Arbeiterschaft für die Produktion zu heben versucht."

Ueber die Arbeitergesetzgebung heißt es:

„Die Sozialpolitik ist gut. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 46 Stunden, täglich acht, Sonnabends sechs Stunden. Der Urlaub beträgt 14 Tage in nichtgesundheitsschädlichen Betrieben, bei den Tabakarbeitern vier Wochen. Die Schwangeren haben acht Wochen vor und nach der Entbindung Urlaub. Die Betriebe haben auch Gesellschafts- und Erholungsräume. Dort spielt sich das gesellige Leben der Arbeiterschaft ab. Die Kinder der in den Betrieben stehenden Arbeiterinnen werden in Säuglingsheime untergebracht. Die älteren Kinder kommen in Kindergärten zusammen."

Noch anderes mehr wird berichtet, doch würde es im Raume dieser Wiedergabe zu weit führen, den Gesamtbericht mitzuteilen. Diese objektiven Darstellungen eines der führenden Amsterdamer Gewerkschaftssekretäre sind die beste Widerlegung aller gegen die Lebens- und Arbeitsbedingungen der russischen Arbeiterschaft gerichteten Lügen, woher sie auch kommen mögen. Sie sind zugleich eine Aufforderung an die deutsche Arbeiterschaft, sich selbst von dem Aufstieg der Wirtschaft und von dem Vormarsch der Arbeit in der Sowjetunion zu überzeugen. Trotz der reformistischen Einstellung Schiffersteins mußte er aussprechen, was ist, nämlich, daß die Arbeiter, auch die nichtkommunistisch organisierten, für das heutige System sind, weil es besser ist, als es früher war.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260716-15/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

An alle Mitglieder des RFMB.

Die von den Genossinnen noch voll bezahlte Bundeskleidung wird am Sonnabendabend um 7 Uhr n der „Goldenen Kette" ausgegeben. Die in Frage kommenden Genossinnen müssen sich dort pünktlich einfinden.

Wir machen weiter darauf aufmerksam, daß heute abend oder morgen vormittag die Unterkassiererinnen bei den Genossinnen auf einer Liste von der Gauleitung das Geld in Höhe von 3,60 Mark für die Fahrt nach Wittenberg kassieren. Das Geld ist von den Werbekassiererinnen am Sonnabend mittag der Gauleitung abzuliefern.

Alle Genossinnen treffen sich Sonntag früh 8 Uhr auf dem Thielen-Platz und erhalten dort die Fahrkarte. Wir ersuchen die Genossinnen, pünktlich zu erscheinen, damit alles schnell erledigt werden kann.

Die Gauleitung des RFMB.

Wahre Geschichten von der Teerstraße in Halle

Wie der hallische Magistrat mit den Geldern der Steuerzahler herumwirft

Eine Teerstraße wird unseren Lesern dem Namen nach allerdings unbekannt sein. Tatsächlich existiert aber eine solche Straße, und es wird wenig Einwohner geben, die diese Straße nicht schon selbst einmal begangen haben. Es handelt sich um die Boelckestraße, die die Verlängerung von der Dessauer Straße nach dem Gertraudenfriedhof und weiter nach dem alten Flugplatz bildet. Diese Straße erhielt beim Ausbau der Straßenbahnlinie 1 nach dem Gertraudenfriedhof eine neue Fahrbahn aus — — Teer.

Bei der jetzt vorherrschenden warmen Witterung ist der Fahrdamm dieser Straße einfach nicht zu benutzen. Der Teer ist völlig aufgeweicht und läßt alles, was sich ihm anvertraut, nicht wieder los. Täglich kann man hier Dinge erleben, die aller Beschreibung spotten. Radfahrer, die ahnungslos die Straße befahren, müssen schon nach den ersten Metern absteigen. Sie werden hierzu direkt gezwungen, denn der flüssige Teer hält sie fest. Um die Bereifung, die bis weit über die Felgen im Teer versinkt, bildet sich eine schwarze klebrige Kruste, die so dick ist, daß sie zwischen dem Rahmenbau des Rades nicht mehr genügend Platz hat. Unbeladene Fuhrwerke versinken bis auf den harten Untergrund der Straße. Die Pferde müssen fester anziehen, als hätten sie einen voll beladenen Wagen hinter sich. Vor wenigen Tagen konnte man eine Begräbnisgesellschaft beobachten, die ahnungslos die Straßenbahn verließ, um über den Fahrdamm nach dem Friedhof zu gehen. Plötzlich, nach den ersten Schritten schon, konnte eine Frau nicht weiter gehen.

Sie war buchstäblich im Teer festgeklebt.

Die sie begleitenden Männer mußten der Frau Hilfe leisten, damit sie aus der schwarzen klebenden Masse überhaupt wieder herauskam. Beim Hochheben der Beine bildeten sich zwischen den Schuhen und der Teermasse des Fahrdammes dicke schwarze Strähnen. Um die Sohlen der Schuhe hatte sich eine breite Teerkruste gebildet.

Hätte die Sache für die Beteiligten nicht einen so ernsten Beigeschmack, könnte man tatsächlich von einem Kinoersatz sprechen, denn auf dieser Straße zeigen sich Bilder, die an Komik nicht mehr zu übertreffen sind. Für die Beteiligten ist das Steckenbleiben im Teer aber weniger humoristisch. Viele haben sich hierbei ihre Kleider vollkommen beschmutzt. Radler, die den Schrecken dieser Straße kennenlernen mußten, haben stundenlang zu tun, um die Räder und die Bereifung von dem festanklebenden Teer zu reinigen.

Für diese Schmiererei auf der genannten Straße ist der Magistrat verantwortlich zu machen.

Aehnliche Erfahrungen machte man schon im Vorjahre mit der Straße am Neuwerk, die aus diesem Grunde jetzt auch einen neuen festeren Fahrdamm erhalten hat. Trotzdem hat man auch die Boelckestraße wieder zentimeterhoch mit Teer belegt, obwohl der Magistrat aus dem Beispiel am Neuwerk seine Lehren hätte ziehen und wissen müssen, daß eine solche mit Teer belegte Straße in den warmen Sommermonaten für den Verkehr zu einer Unmöglichkeit wird. Wenn jemand in den Straßen der Stadt aus Versehen einen Farben- oder Safttopf fallen läßt, kann er sicher sein, daß er wegen Verunreinigung der Straße zur Verantwortung gezogen wird. Dem Magistrat ist es aber scheinbar erlaubt, eine ganze Straße mit flüssigem Teer zu beschmieren.

Die Gelder, die für Instandsetzung der Boelckestraße gezahlt wurden, sind gleichermaßen aus dem Fenster geworfen, denn man wird sich wohl oder übel entschließen müssen, den Fahrdamm mit einer härteren Fahrschicht zu versehen.

Der Magistrat scheint überhaupt die Boelckestraße zum Versuchsobjekt seiner verkehrten Sparsamkeit auserkoren zu haben. So ist beispielsweise die Schienenanlage der Straßenbahn auf dieser Strecke so schlecht fundamentiert, daß die Reparaturen schon jetzt, kurz nach der Fertigstellung, kein Ende nehmen. Bei den letzten starken Regengüssen hat sich **der Schienenstrang auf eine kurze Strecke um 60 Zentimeter gesenkt.**

So wird mit den Steuergroschen der Einwohner gewirtschaftet. Wir sind in der Lage, noch andere Argumente sprechen zu lassen. Für heute soll dies genügen.

„Es hat ja doch alles keinen Zweck!"

So stöhnen täglich Tausende von Jungarbeitern, die vom Unternehmertum aufs brutalste ausgebeutet und mißhandelt werden.

Ja, junger Arbeiter, allein bist Du schwach, vereint jedoch eine unüberwindliche Macht!

Schließe Dich zusammen im KJVD.!

Mutter, so geht es in der Volksschule zu!

Von einem proletarischen Lehrer

Die nachfolgende Aufstellung soll vor allem die Aufmerksamkeit der Eltern finden. Sie zeigt in ihrer absichtlich knappen, sachlichen Zusammenstellung die Fülle der Roheiten und Schikanen, die sich der prügelnde Lehrer — oder umfassender ausgedrückt: der Lehrer, der ein Züchtigungsrecht ausübt — zuschulden kommen läßt. Sie soll zum Nachdenken auffordern, ob Prügelstrafe wirklich „weiter nichts ist" — ob sich aus derartiger Behandlung des Kindes wirklich „keine ernsten Folgen für den späteren Erwachsenen ergeben — ob Prügelstrafe wirklich nichts schadet".

Es sei noch bemerkt: **Keine der angegebenen Mißhandlungen ist ersonnen! Keine ist mir von anderer Seite genannt**, wohl aber immer wieder bestätigt worden. All das hier Aufgezählte kenne ich aus meiner eigenen Schulzeit her, habe zum Teil am eigenen Körper die Anwendung erfahren, zum anderen bei Mitschülern mit ansehen müssen, wie sie in solcher Weise gezüchtigt wurden.

Und wenn Ihr Eltern Eure Kinder fragt: Ist das wahr? Kommt das vor? — Dann werdet Ihr hören, wie sie mir zustimmen. Und vielleicht finden sie nicht einmal viel dabei. Dann denkt nach, wie Ihr diese beginnende Knechtsseligkeit und Hundedemut, die die Mißhandlungen Schwacher durch Starke hinnimmt, ausrottet. Steht zu Euren Kindern! Verteidigt nicht die menschlichen Dreschmaschinen, sondern verteidigt die Menschenwürde Eurer Kinder!

1. Die Hand.

Schlieren:

a) Lehrer stellt Schüler vor sich hin. Fordert stramme Haltung. Hackt mit verwirrenden, immer gleichen Fragen auf ihn ein. Rückt immer näher. Urplötzlich ein Ohrfeigen-Prasselregen von links und rechts, der gewöhnlich seinen Abschluß durch einen heftigen Stoß vor die Brust fand;

b) eine oder zwei außerordentlich derbe Ohrfeigen;

c) Schläge, meist sehr schnell, mit der flachen Hand vor die Stirn (zu den schellierenden Lehrern gehören vielfach auch diejenigen, die — vor allem in der letzten Klasse — keinen und keine verschonen. Schüler (Schülerinnen), der all die Jahre vorher nie Prügel bekommen haben, kommen jetzt „auch dran". Mit der Scherzbezeichnung „Ritterschlag" ist nichts geändert);

d) Schläge in die Kniekehle mit der Schmalseite der flachen Hand. Namentlich beim Turnen beliebt. Ein Lehrer schien diese Art des Schlagens als orthopädisches Mittel aufzufassen, um X-Beine zu heilen.

Die Faust des Lehrers:

a) Stöße mit der Faust unter das Kinn;

b) Stöße mit der Faust vor die Stirn, oft in rascher Folge (Tier-) Schimpfnamen!

c) Faustschläge hinter die Ohren.

d) Fausttrommel auf den Kopf.

e) Kopfnüsse, meist mit den Finger- oder Handknöcheln ins Genick.

f) Dasselbe auf den Hinterkopf. — Diese beiden Erziehungsmittel werden gern in heimtückisch-hinterlistiger Weise angewandt. Der Lehrer nähert sich dem schreibenden oder lesenden Kinde, wartet eine Weile hinter ihm stehend, auf einen „Fehler" und versetzt ihm plötzlich solche Stöße.

g) Stöße mit geballter Faust vor die Brust, derart, daß das betreffende Kind an die Wand oder — sehr beliebt — zur Tür hinausfällt, die vom „Erzieher" rasch und unversehends geöffnet wurde.

h) Stöße in alle Körpergegenden. Zugleich schrittweises Vorsichhertreiben des Kindes. Weicht der Schüler zu rasch zurück, so hält der Lehrer mit Schlagen inne und zwingt jenen, zurückzukommen. Dann Fortsetzung.

i) Plötzliches hinterhältiges Ausstoßen des Kopfes auf die Bank, einmal oder in rascher Aufeinanderfolge.

Finger-Uebungen des Pädagogen:

a) Ergreifen der Hände des Schülers (z. B. wenn diese nicht „gefaltet" waren) und rasches Aufschlagen derselben auf die Bank.

b) Ergreifen der Hände des Schülers derart, daß dieser sich selber Ohrfeigen muß.

c) Der Lehrer krallt seine Hand in die Brust des Kindes und schüttelt es wie toll hin und her.

d) Zwicken in die Oberarme, z. B. wenn diese beim Schreiben nicht am Körper anlagen.

e) Zwicken in die Ohren.

f) Zerren an den Ohren nach den Seiten hin.

g) Emporzerren an den Ohren, mit möglichster Langsamkeit oder gar mit der wiederholten drohenden Aufforderung: „Bleib sitzen! Bleib sitzen!"

h) Herumdrehen der Ohren.

i) Zerren an den Schläfen- oder Wirbelhaa.

k) Emporzerren an den Haaren (siehe unter g).

l) Drehen („Zwirbeln") der Haare. — Alle diese Haar-Uebungen werden von den Lehrern gern beim stillsitzenden (schreibenden, lesenden) Schüler angewandt.

m) Zerren an der Nase nach allen Richtungen.

n) Reiben oder Trommeln mit dem Ringfinger an der Stirn oder auf dem Kopfe.

2. Der Fuß.

a) Tritte in die Kniekehlen.

b) Stoßen und Treten der Schülerfüße, um (beim Turnen) eine richtige Fußhaltung zu erzielen.

c) Der Lehrer geht mit bodenwärts gerichteten Blicken an der turnerisch aufgestellten Schülerreihe vorüber und tritt (stampft!) auf die Füße derjenigen, die die Linie nicht innehalten.

d) Das Knie des Lehrers bohrt sich stoßweise in das Kreuz des kniebeugenden Schülers, wenn die Kniebeugenhaltung nicht musterhaft ist.

3. Der Stock.

Manche Lehrer bevorzugen dicke, andere wieder dünne Stöcke. Eine dritte Erziehersorte besitzt eine Garnitur verschiedener Prügelstäbe, um jeden vorkommenden „Straffall" seiner Art und Notwendigkeit" entsprechend behandeln zu können.

Beliebt waren die gespaltenen Stöcke, namentlich für die Schläge auf die flache Hand oder auf den Handrücken. Meist spaltete der Lehrer den Stock selbst, weil er die meiste Sachkenntnis besaß, kam es auch vor, daß er ihn von dem Jungen spalten ließ, dem die Strafe zugedacht war. Dieser mußte auch in den meisten Fällen den Stock holen, und nach ihm bekam das Prügelinstrument den Namen. Ich kenne aus meiner Schulzeit nur Rohrstöcke. Der Preis schwankte zwischen drei und zehn Pfennigen.

Die Zeit zwischen Strafverhängung, Beschluß des Stockkaufens und erstem Schlage, etwa eine Viertelstunde, da durch „scherzhafte" Lehrgespräche in die Länge gezogen, war eine einzige Angst für uns!

a) Stockschläge auf den Kopf; ins Gesicht; auf die flache, meist vom Lehrer festgehaltene Hand; auf den Handrücken (sehr oft heimtückisch von hinten); auf die Knöchel.

b) Stockschläge in wilder, blinder Tollheit überall hin. Rasende Wuchtige, pfeifende Hiebe auf den Rücken. Gewöhnlich in rascher Reihenfolge, unversehens. — Der Grund: Krummsitzen beim Schreiben. Kein Prüfen, ob das betreffende Kind etwa kurzsichtig ist.

c) Schwippende, sehr schmerzhafte Schläge mit der Stockspitze auf die Hand. Der Stock verfolgt die flüchtende Hand überall hin. Beliebtes Züchtigungsmittel, wenn die Hände unsauber waren.

d) Wuchtige, brennende Schläge mit dem Knüppel, wenn der Pädagoge „Wut hatte", an die Beine, wenn wir in falscher Haltung saßen oder mit den Beinen nicht Ruhe hielten. Bevorzugt: nackte Beine.

e) Einfaches Ueberlegen über die Bank. War es ein „renitenter" Schüler, der bestraft werden sollte, mußten Klassenkameraden ihn am Kopf, Armen und Füßen halten. Weigerten sie sich (wie das in der letzten Klasse vorkam), bekamen sie ebenfalls Schläge. — Je nach Veranlagung gab der Lehrer wenige „gutsitzende" Schläge oder hieb rasch, wild, rücksichtslos draufzu. Auch die Vorbereitung war je nach der Eigenart des Pädagogen verschieden. Der eine ging langsam und bedächtig vor, der andere rasch und eifrig, geradezu gierig. Der eine zog die Hosen mit Feierlichkeit straff, der andere schnell und energisch. Einer prüfte genau, daß das Gesäß prall genug war.

In einigen Fällen „begnügte" sich der Erzieher nicht mit dem Schlagen auf den Hosenboden, sondern knöpfte die Hosen auf. — Das Entfernen etwa eingeschobener Unterlagen mußte vor versammelter Klasse geschehen.

Beliebt war es auch, den Kopf des Schülers fest zwischen die Beine zu nehmen und dann loszuschlagen.

In „leichteren Fällen" bzw. dann, wenn der Lehrer keinen Widerstand zu erwarten hatte, mußte sich der zu bestrafende Schüler bloß bücken, wurde also nicht übergelegt oder eingespannt. (Ein Lehrer wandte vor allem dann die Prügelstrafe auf das Gesäß an, wenn die Schüler Blähungen von sich gelassen hatten. In diesem Falle mußte ein anderer allen Mitschülern an das Gesäß riechen, bis der Betreffende ermittelt war.)

4. Andere Gegenstände.

a) Schlagen mit dem Violinbogen auf den Kopf; quer ins Gesicht; über die Hände.

b) Wer beim Singen den Mund nicht weit genug öffnete, dem wurde der Geigenbogen roh und plötzlich in den Schlund gestoßen, daß es blutete.

c) Hiebe mit der scharfen Kante eines Lineals auf den Handrücken.

d) Stechen und Picken mit dem Federhalter oder mit spitzem Bleistift auf die Hand (z. B. wenn der Schüler den Halter oder Zeichenstift nicht „vorschriftsmäßig" hielt).

e) Schläge mit einem Buche an den Kopf, auf die Hände.

f) Werfen eines Buches oder eines anderen Gegenstandes (Lineal, Federkasten, Taschenmesser) an Kopf oder Brust des Schülers.

•

Diese Aufstellung pädagogischer Züchtigungsmittel mutet wie ein Lehrbuch über zweckmäßiges Prügeln an. Und dennoch ist es nicht einmal vollständig und keineswegs übertrieben, was dieser proletarische Lehrer hier aufzählt. Wer sich von den Arbeitereltern an diese Erziehungsmethoden erinnern kann, der soll einmal eingehend seine schulpflichtigen Kinder befragen und alle Kinder werden ihren Eltern wohl antworten können: „Ja, so geht es in der Volksschule zu!"

Parteigenossen!

Habt Ihr schon berichtet über den gestrigen Erfolg Eurer Werbearbeit für Partei und Presse?

Ihr müßt täglich berichten!

Deutsches Gemüt

Zum Unglück auf der Avus

„Der Verunglückte lag neben dem Wagen mit aufgerissener Schädeldecke. Tot. Sein ausgestreckter Arm griff noch in die Luft, und aus dem langen und breiten Riß in seinem Schädel sickerte dünn das Blut hervor. Ein Schritt weiter lag ein blutiges Häufchen im Gras — das Gehirn des Unglücklichen." **Der Reporter.**

„Nur rein technische Gründe, wenn zum Beispiel einer der verunglückten Wagen die Bahn blockiert hätte, hätten den Abbruch des Rennens gerechtfertigt." **Die Avus-Leitung.**

„Tribünen ausverkauft. Stehplätze dicht gefüllt. Die Deutschen an der Front." **Sportbericht des Blattes von „Weltruf".**

•

Politik

Mit der vierundzwanzigjährigen Tochter aus „guter" Familie hatte ich folgendes Gespräch:

„Sie: „Vatchen sagte auch, man soll das Volk gar nicht entscheiden lassen. Wissen Sie, die Masse versteht auch nichts davon ... — Und dann das mit der Fahne. Hindenburg hätte einfach sagen sollen —"

Ich: „Hindenburg? Doch erst einmal der Reichstag ..."

Sie: „Oder der Reichstag. Aber Hindenburg ist doch der Präsident des Reichstages ..."

Ich: „Reichstagspräsident ist Löbe, gnädiges Fräulein. Außerdem müßte bei einer Angelegenheit, wie etwa der Flaggenfrage, zunächst die Regierung, also der Reichskanzler —"

Sie: „Sehen Sie, das meinte ich doch: Hindenburg ..."

Simplicissimus.

•

Kgl. Hoheit fragt . . .?

Kirchhoff, der Begründer der Spektralanalyse, hielt bei Hof einen Vortrag über optische Probleme. Eine Prinzessin meldet sich nachher zur Fragestellung:

„Ach, Herr Professor, Sie werden es mir sicher sagen können — was ist eigentlich der Unterschied zwischen konvex und konkret?"

„Königliche Hoheit, das ist schwer zu sagen. Konvex unterscheidet sich von konkret so wie Gustav von Gasthof oder Pettenkofer von Patentkoffer."

•

Mussolini will seinen Gesinnungsfreund Horthy besuchen. Darob große Aufregung im Budapester Stadtparlament. Man beratschlagt hin und her, wie man ihn würdig empfangen soll: es darf nicht viel kosten, Mussolini muß überrascht sein und das Volk muß seine Freude haben. Der beste Vorschlag war schließlich: Man errichtet eine Ehrenpforte und hängt da, wo sie am höchsten ist, Horthy dran. Erstens ist's billig, zweitens wird Mussolini überrascht sein und drittens hat das Volk bestimmt seine Freude dran. **Robitschek.**

•

Aus deutschen Schulbüchern

Die Ursache des letzten Krieges war, daß ein Fürst mit seiner Gemahlin von einem ruchlosen Meuchelmörder ermordet worden war. Lange hatte Wilhelm, der Kaiser Deutschlands, versucht, den Frieden zu erhalten. Aber vom Kaiser der Russen wurden alle Soldaten zu den Waffen gerufen. Die Bundesgenossen der Russen waren die Franzosen und die Engländer. Denn der Haß der Franzosen und der Neid der Engländer waren so groß, daß von ihnen schon lange der Krieg vorbereitet worden war. Fast fünf Jahre wurde zwischen den Deutschen und den Feinden mit solcher Grausamkeit gekämpft, daß eine ungeheuer große Zahl Soldaten getötet, große, wohlhabende Städte dem Erdboden gleichgemacht und viele Schiffe zerstört wurden. Endlich haben wir eine schwere Niederlage erlitten. Nicht mit den Waffen, sondern durch Hunger und Mangel an Allem und durch unsere eigene Zwietracht sind wir besiegt worden. Viele Jahre wurden die Bewohner der besetzten Provinzen von grausamen Siegern gequält. Darum seid einig, Deutsche! Wenn Eure Zwietracht überwunden sein wird, dann wird der Tag der ersehnten Freiheit erscheinen.

Ferdinand Schultz: Uebungsstoffe für den lateinischen Unterricht, 1. Teil, Sexta. 19. Auflage, 1925, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn.

Woran sie glaubt!

Sie ist eine tüchtige Hausfrau wählt sogar kommunistisch. Ihr Mann ein kleiner Beamter verdient gerade so viel, daß sie sich an jedem Monatsersten auf den nächsten Ersten „freut". Sie muß noch vermieten und betreut ihre Kinder schön und sauber.

Im Schlafzimmer hängt ein Kreuz Christi, aber bloß deshalb, weil sie sonst nichts hinzuhängen hat, denn glauben will sie nicht viel. Jedes Jahr einmal geht sie in die Kirche. Ihr Mann ist durch den Krieg ganz kuriert. Sie meint, ganz ohne Glauben ging es nicht, da würde sie sich fürchten. Wenn es z. B. wittert und blitzt, dann ist sie froh, noch etwas Glauben zu haben. Ebenso könne man doch nicht ganz genau wissen, wie es nach dem Tode ist. Aber sonst glaube sie nichts.

Ihr Mädchen geht in die Schule, ist infolge falscher Erziehung etwas blöde und zurückgeblieben, ihre Schulaufgaben kann sie kaum allein machen. Aber oft kann man das arme Kind hören Gesangbuchverse aufsagen, biblische Geschichten erzählen. Kostbare Stunden gehen damit verloren.

Am Sonntag muß die Kleine in den Kindergottesdienst, nachher muß sie berichten, was der Pfarrer erzählt hat. Unlängst sagte er, man dürfe am Sontag nicht arbeiten. Das Kind kommt heim und hält der Mutter eine Predigt. Die Mutter schimpft verärgert, der Vater lächelt überlegen, ich versuche aufzuklären. Die Eltern geben mir recht und schicken das Kind wieder zur Kirche: „Die Kinder werden ja dort nichts Schlechtes hören".

Jeden Tag wird das Kind geprügelt, jeden Tag muß es Gesangbuchverse auswendig lernen.

— — — Fast könnte man lachen, wenn der Tatbestand nicht so tieftraurig und so allgemein verbreitet wäre. Hier paart sich Unwissenheit mit Charakterschwäche. Aber finden wir bei Frauen, diese Mütter nicht überall? Was tun wir dagegen? Schimpfen genügt nicht! Austreten aus der Kirche, Jugendgruppen bilden, die Männer dieser Frauen für die Partei und Gewerkschaft interessieren, dann hingehen und aufklären, unermüdlich. Der erste notwendige Schritt aber für jede Kommunistin ist:

Austritt aus der Kirche!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260716-15/fragment/page=0006

Ein wanzender Ordnungshüter

Die Polizeischikanen nehmen kein Ende. Einmal richten sie sich gegen Radler, dann mal wieder gegen kranke Frauen, die nicht so laufen können, wie es irgendein junger Beamter wünscht, und nun hat man es wieder einmal auf die in der Saale Badenden abgesehen. Da es sich hierbei vielfach um Erwerbslose handelt, glauben die hallischen „Schutzengel" sogar noch etwas mehr Willkür als sonst in ihre unbegründeten Handlungen legen zu können.

Am Mittwoch fing es an. In der Saale an der Würfelwiese wurde gebadet. Plötzlich erscheint — wer bin ich — der Polizeiwachtmeister Häder (wir führen den Namen besonders fett an, weil der Beamte gern einmal im „Klassenkampf" genannt sein will. Wahrscheinlich führt das zur Beförderung) und verbietet das Baden. Als die Badenden sich anziehen, kommt ein anderer Beamter, der auf Befragen angibt, daß das Baden nicht verboten sei. Sein Kollege müsse sich geirrt (?) haben. Gestern vormittag sind wieder einige Erwerbslose beim Baden. Plötzlich taucht der Polizeiwachtmeister Menze auf, stürzt auf die am Ufer liegende Kleidung der Badenden los und sucht mit dieser das Weite. Kurz vor dem Pfälzer Schießgraben wird er von den Badenden eingeholt, die ganz energisch ihre Kleidung verlangen und den Beamten darauf aufmerksam machen, daß sie die Fortnahme der Kleidung als Diebstahl betrachten. Der Beamte meint jedoch, daß es sich nur um Fundsachen handele. Im übrigen begründet er seine Handlung damit, daß er durch die Wegnahme der Kleidung die Badenden nur habe zwingen wollen,

ihm nackend, nur mit der Badehose bekleidet, zur Polizeiwache zu folgen.

Hieraus ergibt sich schon, daß von einer Fundsache keine Rede sein kann, denn der Beamte hat genau gewußt, wem die Sachen gehören. Einem Fahrraddieb wird man auch nicht glauben, wenn er angibt, er habe das auf der Straße stehende Fahrrad als Fundsache betrachtet und es nur zur Aufbewahrung an sich genommen.

Was sagt aber der Polizeipräsident zu dem Wachtmeister Menze, der durch die Fortnahme der Kleidung die Badenden hat zwingen wollen, ihm im Adamskostüm durch die Straßen der Stadt zur Polizeiwache zu folgen? Ist das nicht — gelinde ausgedrückt — grober Unfug? Wäre durch diesen Aufmarsch nicht wirklich öffentliches Aergernis erregt und vielleicht sogar durch eine ungeheuer große Zuschauermenge, die sich zweifellos angesammelt hätte, der Verkehr gestört? Wird der Beamte bestraft oder befördert?

Gestern nachmittag setzten sich dann die Polizeischikanen gegen die Badenden weiter fort. Jetzt gingen zwei, übrigens sehr junge Beamte dazu über, **einen „Missetäter" mit Ketten zu fesseln.** Diesmal ist ihnen aber ein Strich durch die Rechnung gemacht. Sie konnten sich ihrer Beute nicht lange erfreuen. Er wurde befreit und selbst eine verstärkte Schupopatrouille von acht Mann konnte den Arrestanten, der übrigens nichts gemacht hatte und als eine Art Geisel festgenommen war, nicht mehr auffinden.

So viel für heute. Die hallische Polizei wird dafür sorgen, daß wir in Kürze neue Heldenstückchen über sie berichten können, denn man scheint aus ganz bestimmten Gründen instruktionsgemäß provozieren zu müssen (siehe die Berliner Vorgänge) und verfolgt mit den zunehmenden Schikanen scheinbar einen ganz bestimmten, nicht erkenntlichen Zweck.

Wie ist die Feuerbestattungserklärung abzugeben?

Es gibt zwei Formen der Erklärung: 1. **Die letzwillige Verfügung**, die von dem Betreffenden vom ersten bis zum letzten Wort selbst geschrieben sein muß und für welche etwa folgende Form zu wählen ist: „Ich ordne hierdurch meine Feuerbestattung an."

Ort . . . . ., Straße und Nr., den 15. Juli 1926.

Vor- und Zuname des Betreffenden und Stand.

Es ist darauf zu achten, daß die Verfügung mit der Unterschrift schließt. Dies Dokument werde daheim im Schrein sorgfältig aufbewahrt, die Angehörigen darüber informiert.

2. Die mündliche Erklärung vor dem Bestattungsamt, oder vor dem Polizeikommissar, oder vor dem Friedhofsinspektor, oder vor dem Bezirksvorsteher (auf dem Lande vor dem Gemeindevorsteher), der über ein amtliches Siegel verfügt. Diese mündliche Erklärung vor einem öffentlichen Beamten, welche protokolliert wird, kostet 5 Mk. Steuer, kann aber bei Bedürftigkeit auf 50 Pf. ermäßigt werden. Zur Beisattung selbst sei noch bemerkt, daß in Halle die Urnen in den Hügel eines schon vorhandenen Grabes versenkt werden dürfen.

Leistungen der Volksfürsorge

Im ersten Halbjahre des laufenden Jahres hat die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft „Volksfürsorge" rund 300 000 Mark in Sterbefällen zur Auszahlung gebracht. Es ist eine Leistung, die erneut den Beweis liefert für die Leistungsfähigkeit des im Interesse der Arbeiterschaft gegründeten Instituts.

In der Rechnungsstelle Leipzig kamen im ersten Halbjahr 1926 40 Sterbefälle mit rund 10 000 Mark zur Regulierung. Unter den regulierten Sterbefällen befindet sich eine Anzahl solcher, die auf Unfall zurückzuführen waren und bei denen sich die vor einigen Monaten bei der Volksfürsorge eingeführte Gratis-Unfallversicherung für die Hinterbliebenen der Verstorbenen sehr vorteilhaft auswirkte. So wurde u. a. vor einigen Tagen an die Witwe des beim Baden verunglückten Arbeiters Sch. in Deuben bei Zeitz eine Versicherungssumme von 938 Mark ausbezahlt, obgleich der Verunglückte sich erst im Mai d. J. bei der Volksfürsorge versichert und erst 2 Mark Prämien bezahlt hatte.

Jedem Arbeiter, jeder Arbeiterin ist zu empfehlen, Versicherungen nur bei dem eigenen Unternehmen, der Volksfürsorge, abzuschließen.

Die Rechnungsstelle der Volksfürsorge befindet sich in Leipzig, Zeitzer Straße 32 („Volkshaus"), in Halle erteilt Auskunft Erich Hammer, Konsumverein, Landsberger Straße 13, in Merseburg R. Hirsemann, Konsumverein, Lauchstädter Straße 18, in Weißenfels O. Meinhardt, Hospitalstraße 2, in Hohenmölsen W. Schobeleiter, Konsumverein, Lützener Straße, in Wurzen R. Kern, Collmener Straße 1.

Unterstützung der IAH.

Von der Vereinigung „Die Musikfreunde" wird am Sonnabend, dem 17. Juli, im Flugplatzkasino, Inhaber Max Weber, ein **großer Unterhaltungsabend** veranstaltet. Den musikalischen Teil bestreitet das Jazz-Tanzsport-Orchester, Clutze die humoristischen Vorträge. Auch soll eine Bücherverlosung stattfinden. Bei gutem Wetter erfolgt Illumination.

Die gesamten Einnahmen werden der Internationalen Arbeiterhilfe überwiesen. Die Arbeiterschaft mit ihren Frauen wird um zahlreiche Beteiligung gebeten.

Hallische Tageschronik

Die hallischen Lebenshaltungskosten-Indexziffern

hat das Statistische Amt der Stadt Halle nach dem Stande vom 14. Juli 1926 auf der Grundlage der fünfköpfigen Normalfamilie, bezogen auf 1913/14 = 1, wie folgt berechnet: 1. Gesamtlebenshaltung (Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf, einschließlich Verkehr, ohne Steuern und soziale Abgaben) 1,36 (Veränderung gegenüber der Vorwoche —) Prozent; 2. Lebenshaltung ohne sonstigen Bedarf 1,32 (+ 0,8) Prozent; 3 Lebenshaltung ohne Bekleidung und sonstigen Bedarf (Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung) 1,30 (+ 0,8) Prozent; 4. Ernährung 1,37 (+ 0,7) Prozent; 5. Heizung und Beleuchtung 1,72 (—) Prozent; 6. Wohnung 1,02 (—) Prozent; 7. Bekleidung 1,50 (—) Prozent; 8. Sonstiger Bedarf 1,75 (—) Prozent.

*

Der Index steigt langsam (manchmal auch schnell), aber sicher. Die bürgerliche Presse aber schreit: „Es geht uns von Tag zu Tag besser!"

Auf der Suche nach einem Vermißten. Großes Aufsehen erregt hier das Verschwinden eines jungen Mannes aus Trotha, namens Hermann Zabel. Der Vermißte ist noch am Montagabend in später Stunde mit seiner Braut gesehen worden. Seitdem fehlt jede Spur. Man erzählt, seine Leiche liege in einem verlassenen Schachtloch zwischen Seeben und Trotha, und ein alter Mann, der als hellseherisch veranlagt gilt, behauptet, es ganz genau zu wissen. Die Mordkommission hat sich an die genannte Stelle begeben und sucht das voll Wasser stehende Tonloch ab. Auch die Feuerwehr ist tätig und nimmt mit Stangen eine sorgfältige Suche vor. Zabel soll mit jungen Leuten am Sonnabend und Sonntag in Seeben Streit gehabt haben. Genaues läßt sich zurzeit darüber noch nicht berichten. Politisch organisiert ist Z. nicht, so daß, falls ein Mord vorliegen sollte, dieses Motiv nicht in Betracht käme.

Der Vermißte ist wieder da. Soeben erhalten wir die Nachricht, daß der seit Dienstag vermißte Klempnerlehrling Zabel, Trothaer Straße, über dessen Verschwinden die verschiedensten Gerüchte im Umlauf waren, wieder in die elterliche Wohnung zurückgekehrt ist. Er hat sich aus Furcht vor Strafe durch den Vater der Wohnung ferngehalten. Der Mann mit den „bolschewistischen" Fähigkeiten hat diesmal ziemlich schwarz gesehen und den Behörden viel unnötige Arbeit gemacht.

Schon wieder ein tödlicher Autounfall. Ein neuer tödlicher Autounfall ereignete sich am Donnerstagmittag auf der Straße Gröbers-Lützschena. Infolge einer unvorsichtigen Bewegung eines Insassen, des Besitzers des Autos, verlor der Chauffeur die Gewalt über das Steuer. Das Auto fuhr gegen einen Baum und wurde vollständig zertrümmert. Von den drei Insassen des Kraftwagens, die sämtliche herausgeschleudert wurden, ist der Besitzer tödlich, der Führer leicht verletzt, der dritte kam mit dem Schrecken davon.

Zusammenstoß zwischen Kleinbahn und Kraftwagen. Am Mittwochabend stieß der Lastkraftwagen einer hallischen Bierbrauerei in Beidersee an einem durch keine Schranken gesicherten Bahnübergang mit einem Personenzug der Kleinbahn Wallwitz-Wettin zusammen. Maschine und Packwagen wurden durch den starken Anprall aus den Schienen gehoben, das Auto völlig zertrümmert. Der Führer des Kraftwagens erlitt einen doppelten Armbruch, der Begleitmann, sowie drei weitere Personen leichtere Verletzungen. Die Verunglückten wurden dem Diakonissenhaus in Halle zugeführt.

Feuer durch Kurzschluß. Gestern Nachmittag wurde die Feuerwehr nach einem Grundstück in der Jakobstraße gerufen, woselbst in einem Kellerraum die elektrische Hauptleitung des Grundstücks infolge Kurzschlusses in Brand geraten war. Die Feuerwehr konnte nach einer Tätigkeit von 15 Minuten wieder abrücken. Außer dem durchgebrannten Kabel ist Sachschaden nicht entstanden.

Die Linie 8 der Straßenbahn wird ab morgen mittag, nachdem die Abnahme des Bahnbaues inzwischen erfolgt ist, weiter durch Cröllwitz bis zur Knochenmühle geführt. Die Heidebesucher können am Sonntag also schon auf bequeme Weise diesen einzigen Wald in der Umgebung von Halle erreichen. Der für diese Strecke neu eingelegte Teilstreckenpunkt ist die Treppe hinter der Cröllwitzer Brücke, die nach der Talstraße führt.

Arbeiter-Sport

Großes Fußballereignis in Dölau

Sonnabend, den 17. Juli, abends 7 Uhr, findet auf dem Sportplatz am Bahnhof Heide ein großer Fußballwettkampf zwischen

Sportplatz am Bahnhof Heide

Berlin-Velten 1. — Fortuna-Dölau 1.

(Kreismeister) (Bezirksmeister)

statt. Jedem Sportler wird interessanter Sport geboten werden. Die Zugverbindung ist gut. Ab Halle 5.40 Uhr und 6.40 Uhr, ab Dölau 10.20 Uhr und 12 Uhr. Der Sportplatz liegt zwei Minuten vom Bahnhof, mitten in der Heide.

Rüstig-Vorwärts. Am Sonntag, dem 18. Juli, findet das große Treffen statt: Rüstig-Vorwärts 1. — Sportverein Thalia 1. Vorher spielen die anderen Mannschaften. Nach dem Fußball findet ein Handballspiel statt.

HFC. Sportlust 07. Wir machen nochmals auf das am 17. Juli stattfindende Vergnügen bei Thomas aufmerksam. Anfang 8 Uhr.

Sportklub 1909, M. d. AAB. Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung. Erscheinen aller ist Pflicht. Ferner Montags und Donnerstags Uebungsstunde in der Johannisschule (Ringen und Boxen ½8 bis ½10 Uhr), Dienstags und Freitags Handball (Sandanger).

TV. „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Halle. Freitag abend 7 Uhr im Reform-Realgymnasium Musikstunde, um 8 Uhr Gesangsstunde. — Sonntag, den 18. Juli, finden folgende Fahrten statt: Wasserfahrt: Treffpunkt 6 Uhr Hospital-Linde, Glauchaer Straße. — Treffpunkt 7 Uhr Wettiner Platz: Fahrt ins Blaue. — Jugendgruppe: Treffpunkt 6 Uhr Wettiner Platz: Fahrt nach dem Petersberg.

Viktoria 1. — Veltener Ballspielklub 1.

Wie allen wohl noch bekannt ist, war die 1. Elf von Viktoria letzte Weihnachten in Berlin und mußte von dem an 2. Stelle der A-Gruppe stehenden Veltener Ballspielklub von 1912 eine 2 : 0-Niederlage mit nach Halle nehmen. Am kommenden Sonntag, nachmittags 5 Uhr, findet auf dem Sandanger das fällige Rückspiel statt.

Sportplatz auf dem Sandanger

Sonntag, den 18. Juli, nachmittags pünktlich 5 Uhr:

„VBC. 12"-Berlin — „Viktoria"-Halle

um ¼4 Uhr: Gesellschaftsspiel

Viktoria 3. — Brachstedt 2.

Die Platzbesitzer werden wohl diesmal alles versuchen, um die letzte Niederlage wieder wettzumachen. — Die in guter Form befindliche 3. Elf der Platzbesitzer spielt um ¼4 Uhr im Gesellschaftsspiel gegen Brachstedt 2. Dies sind zwei interessante Spiele, welche der HFC. Viktoria seinen Anhängern bietet. Darum auf, nach dem Sandanger.

Bezirksfest in Leipzig

Das am kommenden Sonntag, dem 18. Juli, in Leipzig stattfindende Bezirksfest des Leipziger Bezirks verspricht ein großes sportliches Ereignis zu werden. Rund 600 Wettkämpferinnen und Wettkämpfer werden auf grünem Plan ihre Kräfte auf den verschiedensten Gebieten im Turnen und Sport messen. Die Wettkämpfe beginnen Sonnabendnachmittag. Auch Wettspiele aller Art werden ausgetragen. Nach den vorliegenden Meldungen werden rund 7000 bis 8000 Frauen und Männer zu den allgemeinen Freiübungen antreten. Das Fußball-Städtespiel Chemnitz — Leipzig verspricht ebenfalls einen guten Sport. Da am Sonnabend auch russische Sportgenossen aus Moskau erwartet werden, wird ihnen Gelegenheit geboten sein, ein deutsches Turn- und Sportfest kennenzulernen.

Briefkasten

Berichterstatter Diemitz. Ihr Bericht von der Stahlhelmspeisung kann nicht veröffentlicht werden, da Sie uns Ihren Namen verschweigen.

Arbeiterin B—n. Stellen Sie gegen den Beamten Strafantrag wegen Erpressung.

Homo Sapiens. Sie sind Schriftsteller, Mitglied einer bürgerlichen Partei und äußern sich gegen Verbot von „Panzerkreuzer Potemkin" in einer an uns gerichteten Zuschrift. Sie schreiben: „Allerdings muß ich aus leichtverständlichen Gründen meinen wahren Namen verschweigen." Der Grundsatz der kommunistischen Zeitungen ist, Zuschriften nur dann zu veröffentlichen, wenn der Name der Redaktion mitgeteilt wird. Auf Wunsch bleibt die Veröffentlichung des Namens in der Zeitung selbstverständlich weg. Aus diesen Gründen können wir auch ihre Zuschrift nicht veröffentlichen.

während unseres

SAISON-AUSVERKAUFES

FREITAG
SONNABEND
MONTAG

RESTE

zur Hälfte des ausgezeichneten Preises

Brummer u. Benjamin

Halle an der Saale
Gr. Ulrichstr. 22-23
Rannischer Platz

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260716-15/fragment/page=0007

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 081. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 8 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 6237

Zwintschöna. Gemeinsame Mitgliederversammlung Freitag, 16. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof des Herrn Horn, Zwintschöna, der Ortsgruppen Dieskau, Bruckdorf, Canena, Kleinkugel und Zwintschöna.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Delitz a. B. Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof Sitzung der Gewerkschaftsleiter für das Arbeitsgebiet Delitz a. B. Jede Ortsgruppe muß ihren Gewerkschaftsleiter senden. Referent ist anwesend.

Schkeuditz. Sonntag, den 18. Juli, vormittags 10 Uhr, im Bahnhofshotel Sitzung sämtlicher Gewerkschaftsleiter des Arbeitsgebietes Schkeuditz.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Alsleben und Umgegend. Oeffentliche Volksversammlung am Sonnabend, 17. Juli, abends 8 Uhr, im „Goldenen Ring“. Thema: Volksentscheid, was nun? Referent Genosse Kilian, Halle.

Schraplau. Mitgliederversammlung Freitag, 16. Juli, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“. Wichtige Tagesordnung. Referent der UBL. anwesend. Alles erscheinen.

Bisdorf. Mitgliederversammlung Dienstag, den 20. Juli, abends 8 Uhr, im „Deutschen Haus“. Wichtige Tagesordnung. Referent der UBL. ist anwesend. Alles hat zu erscheinen.

Neumark. Mitgliederversammlung Freitag, 16. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Schumann. Wichtige Tagesordnung. Partei- und Verbandsbücher mitbringen.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Heynsburg. Mitgliederversammlung Sonntag, den 18. Juli, nachmittags 3½ Uhr, in Tauschen. Wichtige Tagesordnung. Alles hat zu erscheinen.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Mückenberg. Sitzung der Baugewerksbundfraktion am Freitag, 16. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof Ober. Wichtige Tagesordnung. Referent Genosse Greiner.

Dommitzsch. Mitgliederversammlung am Freitag, 16. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Mühle“. Wichtige Tagesordnung. Referent Genosse Holzweißig.

Falkenberg. Mitgliederversammlung am Freitag, 16. Juli, abends 8 Uhr, im „Anker“. Wichtige Tagesordnung. Referent Genosse Herold. Alles erscheinen.

Bockwitz. Sitzung der Bergarbeiterfraktion am Sonnabend, dem 17. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“. Wichtige Tagesordnung. Referent Genosse Thießler.

Lichtenburg. Mitgliederversammlung Sonnabend, 17. Juli, abends 8 Uhr, im „Deutschen Haus“. Wichtige Tagesordnung. Referent Genosse Holzweißig. Alle Genossinnen und Genossen haben zu erscheinen.

Richtewitz. Mitgliederversammlung Sonnabend, 17. Juli, abends 8 Uhr, im Parteilokal. Wichtige Tagesordnung. Referentin Genossin Voigt, Torgau. Alle hat zu erscheinen.

Unterbezirk Delitzsch

Radefeld. Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 17. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof. Wichtige Tagesordnung. Referent Genosse Baumgärtel.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

„Roter Frontkämpfer-Bund“

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döschner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 9012.

Untergau Halle-Saalkreis

Alle Kameraden beteiligen sich am Mitteldeutschen Roten Treffen in Wittenberg am Sonntag, dem 18. Juli. Fahrt per Auto, Preis einschließlich Versicherung und Teilnehmerabzeichen 3 Mk. Abfahrt Sonnabend abend 8 Uhr vom Roßplatz. Fahrscheine bei den Bezirksführern. Erwerbslose Kameraden, die mittels Fahrrad nach Wittenberg fahren, treten Sonnabend nachmittag ¾3 Uhr am Roßplatz an. Versicherung und Teilnehmerkarte für Radfahrer 50 Pf. Einzahlung dieses Betrages Freitag abend von 8 bis 10 Uhr in der „Goldenen Kette“.

Alle Veranstaltungen am 17. und 18. Juli werden von Seiten der Gauleitung auf alle Fälle untersagt. Alle Ortsgruppen haben zu mobilisieren zu dem Mitteldeutschen Gautreffen in Wittenberg.

Alle nach Wittenberg mittels Auto fahrenden Kameraden der Ortsgruppe Halle und der sich anschließenden Ortsgruppen stehen Sonnabend, pünktlich ¾8 Uhr abends, Roßplatz. Abfahrt 8 Uhr abends. Rückkehr Sonntag abend gegen 10 Uhr.

Abteilung 17. Heute, Freitag, abend 8 Uhr, in der „Eiche“, Körnerstraße, Abteilungspflichtversammlung. Funktionäre eine halbe Stunde früher.

Kameraden, besucht die Filme: „Reichstreffen in Berlin“ und „Palast und Festung“. Nächste Vorführung Freitag, den 16. Juli, in Helbra im Gasthof „Zur Sonne“. Sonnabend, den 17. Juli, in Eisleben im „Volkshaus“.

Spielmannszug. Freitag, den 16. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspark“ Appell. **Sämtliches Bundeseigentum in der Hand.**

Ammendorf. Freitag, den 16. Juli, abends 7 Uhr, im „Burgschlößchen“ Mitgliederversammlung. Pünktlich erscheinen. Fahrgeld nach Wittenberg erledigen.

Lettin. Freitag, den 16. Juli, abends ½8 Uhr, Mitgliederversammlung.

Jungfront

Freitag, den 16. Juli, abends 8 bis 8½ Uhr, in der „Goldenen Kette“ Abrechnung der Fahrscheine zur Wittenberger Fahrt. Kein Bezirk darf fehlen.

Die nach Wittenberg fahrenden Jungfront-Kameraden treten am Sonnabendabend ¾8 Uhr auf dem Roßplatz an.

Untergau Merseburg

Mücheln. Alle Kameraden, welche an der Fahrt zum Mitteldeutschen Treffen in Wittenberg teilnehmen, melden sich unter Hinterlegung von 2 Mk. beim Kassierer Kam. Prüfer in Neubiendorf, Crumpaer Straße 4. Alle Kameraden, soweit sie nicht erwerbslos sind und nicht in Wittenberg teilnehmen, haben laut Beschluß der Mitgliederversammlung vom 20. Juni einen Teil zu den Unkosten der Fahrt beizutragen.

Mücheln. Freitag, den 16. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Vollversammlung. Alles hat zu erscheinen.

Dürrenberg. Freitag, 16. Juli, abends 8 Uhr, bei Mennicke Pflichtversammlung.

Merseburg. Freitag, den 16. Juli, Vollversammlung in „Stadt Leipzig“.

Merseburg. Sonnabend, den 17. Juli, nachmittags 5 Uhr, Abfahrt vom Roten Markt nach Wittenberg per Auto.

Merseburg. Abfahrt der Radfahrer nach Wittenberg am Sonnabend, dem 17. Juli, 3½ Uhr nachmittags, vom Roßmarkt.

Untergau Schkeuditz

Zur Fahrt zum Mitteldeutschen Treffen stellen sich die **Radfahrer** von Schkeuditz, Gröbers, Ermlitz und Papitz am Sonnabend, dem 17. Juli, nachmittags ½3 Uhr an der „Taube“. Abfahrt pünktlich um 3 Uhr. Freiroda schließt sich ¼4 Uhr dort an. Alle anderen Kameraden müssen sich zur Autofahrt Halle anschließen. Alle Ortsgruppen melden ihre **Teilnehmerzahl sofort direkt** an unter gleichzeitiger Einsendung des Versicherungsgeldes. Der Berliner Extrabeitrag ist nunmehr sofort nach Schkeuditz zu senden.

Schkeuditz. Fahrt nach Wittenberg mit der Bahn. Abfahrt Sonnabend nachmittag 3 Uhr. Sammeln Bahnhof. Spielmannszug mit Instrumenten.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Freitag, den 16. Juli, abends 8 Uhr, große Funktionärsitzung. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Granschütz. Alle Kameraden der Ortsgruppe Granschütz sind Sonnabend nachmittag 2½ Uhr am Bahndamm Bahnhofstraße.

Die Kameraden von Hohenmölsen sind pünktlich Sonnabend nachmittag 2 Uhr bei Ruppsch zwecks Abfahrt nach Wittenberg.

Untergau Sangerhausen

Artern. Sonnabend, den 17. Juli, ½2 Uhr, Antreten auf dem Marktplatz. 2 Uhr Abfahrt nach Wittenberg.

Untergau Bitterfeld

Zörbig. Freitag, den 16. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Zum Löwen“ Pflichtversammlung. Funktionäre haben um 7 Uhr zu erscheinen.

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Alle Wittenberg-Fahrer müssen Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 Uhr, im „Lindenhof“ erscheinen.

Untergau Torgau-Liebenwerda

Mühlberg. Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 Uhr, Versammlung im „Elbschlößchen“. Dortselbst Restzahlung der Fahrt nach Wittenberg.

Mühlberg. Sonntag früh ½5 Uhr Abfahrt mit Auto. Alles hat pünktlich zu erscheinen. Kameraden anderer Ortsgruppen müssen sich dementsprechend bei der Ortsleitung anmelden und können mit berücksichtigt werden, da noch Plätze vorhanden sind.

Untergau Zeitz

Zeitz. Freitag, den 16. Juli, abends 8 Uhr, in der „Herberge“ Mitgliederversamml.

Zeitz. Sämtliche Radfahrer des Untergaues Zeitz haben sich am Sonnabend, 2 Uhr mittags, in Zeitz, Wasservorstadt, einzufinden zur Abfahrt zum Mitteldeutschen Treffen. Wer sich nicht beteiligt, wird festgestellt. Kameraden ohne Räder haben mit der Bahn zu fahren. Abfahrt Sonntag früh 5 Uhr von Zeitz über Leipzig. Antreten Bahnhof.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Parteigenossen! „Klassenkampf“-Leser! Schickt Eure Kinder in den Kommunistischen Jugend-Verband!

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Freitag 8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft öffentlicher Gruppenabend, verbunden mit Musik und Rezitationen. Bringt Bekannte mit.

An alle Mitglieder!

Alle Teilnehmer an der Fahrt nach Gräfenhainichen müssen bis spätestens heute, Freitag, abend 8 Uhr im Jugendbureau das Fahrgeld bezahlt haben. Treffpunkt Sonnabend nachmittag 5 Uhr Hauptbahnhof. Abfahrt 5.56 Uhr. Decken sind mitzubringen. Spielleiter Bälle mitnehmen. Die Radfahrer treffen sich Sonnabend nachmittag 4 Uhr Hallmarkt. Die Ortsleitung Halle.

Die Ortsgruppen der Unterbezirke Bitterfeld, Delitzsch und Saalkreis beteiligen sich am Sonnabend an der Werbeveranstaltung in Gräfenhainichen.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Querfurt. Freitag, den 16. Juli, Eugen Leviné-Abend.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Freitag, den 16. Juli, Vorlesung über „Panzerkreuzer Potemkin“.

Langendorf. Freitag abend 8 Uhr große öffentliche Werbeversammlung. Referent Genosse Schulze, Weißenfels.

Unterbezirk Mansfeld

Hettstedt. Sonnabend, den 17. Juli, Marsch nach Großörner zur Gründungsversammlung einer Ortsgruppe des KJVD. Treffpunkt 7 Uhr Zentrale.

Hettstedt. Sonntag, den 18. Juli, Marsch nach Ermsleben. Treffpunkt ¾6 Uhr am Stadtpark. Beteiligung ist Pflicht.

Großörner. Sonnabend abend 8 Uhr öffentl. Werbeversammlung. Ref. Gen. Herold.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Wittenberg. Freitag, den 16. Juli, abends 8 Uhr Probe im Gewerkschaftshaus.

Wolfen. Freitag abend 8 Uhr öffentliche Werbeversammlung.

Gräfenhainichen. Sonnabend abend 8 Uhr im Lokal Eger große öffentliche Werbeveranstaltung mit anschließender Nachtwanderung durch die Dübener Heide nach dem Eisenhammer.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg
Halle a. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Bezirk Halle-Merseburg

Pioniere, spart für Eure Ferienwanderungen. Einzahlungen beim Leiter.

Halle. Freitag, den 16. Juli, abends 6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Besprechung aller Kinder, die am Sonnabend ins Ferienheim fahren. Daselbst Bekanntgabe der Abfahrt. Wer nicht erscheint, kann bei diesem Transport nicht berücksichtigt werden. In das Ferienheim sind mitzunehmen Löffel, Gabel, Trinkbecher und Eßschüssel (möglichst Emaille oder Aluminium), Seife, Handtuch, Kamm, Zahnbürste und eine Decke.

Halle. Freitag 7 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft wichtige Funktionärbesprechung.

Zeitz. Freitag nachmittag ½6 Uhr am Jugendheim. Endgültige Regelung der Ferienwanderungen. Daselbst muß alles ausgegebene Material, Sammellisten und Karten abgerechnet werden.

Ammendorf. Freitag nachmittag 5 Uhr in der „Post“ Gruppenabend.

Weißenfels. Sonnabend, den 17. Juli, vormittags ½10 Uhr, treffen sich alle Pioniere, welche sich zum Ferienlager angemeldet haben, im Gewerkschaftshaus zur letzten Besprechung. Alles Geld (für Fahrt und Verpflegung sowie für Sammellisten) mitbringen.

Weißenfels. Sonntag, den 18. Juli, ½7 Uhr, am Bahnhof Treffen aller Pioniere, welche sich angemeldet haben ins Pionierlager. Alle anderen Pioniere beteiligen sich geschlossen am IAH.-Kinderfest.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Piesteritz. Montag, den 19. Juli, wichtige Mitgliederversammlung im „Volksheim“.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

An alle Ortsgruppen! Nach Beendigung der Sammlungen für den Volksentscheid müssen die Ortsgruppen gemeinsam mit den Leitungen der anderen proletarischen Organisationen sofort die Sammlungen für die englischen Bergarbeiter wieder aufnehmen. Bis zum 12. Juli sind alle Sammellisten nebst Beträgen sofort einzuschicken bzw. müssen unverzüglich neue Sammellisten angefordert werden.

Bekanntmachung

In Anpassung an die allgemeine Ermäßigung der Zinssätze für Spar- und Depositengelder werden die Jahreszinsen für Spareinlagen mit Wirkung vom 17. Juli 1926 an, jederzeit widerruflich, wie folgt festgesetzt:

a) für täglich abrufbare Einlagen . . . . . . = 4 Prozent,
b) für Einlagen auf wenigstens 1 Monat fest . . = 5 Prozent,
c) für Einlagen auf wenigstens 3 Monate fest . . = 6 Prozent.

Halle, den 15. Juli 1926. **Der Vorstand der Sparkasse der Stadt Halle.**

Am Händel-Denkmal
gibt es zum **Sonnabend** ganz
billige Gurken u. Tomaten

Täglich große Auswahl in
Kaffee- und Teegebäck
sowie alle Sorten Kuchen
Konditoreiwaren
finden Sie bei
Max Schröder, Schwetschkestraße Ecke Lerchenfeldstr.
Sonnabend früh 9 Uhr: **ff. Speckkuchen**

Achtung! Eisleben!
Billig! Billig! Billig!
Große Bauernhandkäse
mit Kümmel
etwas ganz feines,
garantiert reiner Quark, Stück nur 10 ₰
10 Stück 95 ₰ 867
Stand vor Fleischerei der MUG.
Jüdenhof

Empfehle von heute nachmittag an:
Feinste hausschl. Wurstwaren
frisch und geräuchert
Spezialität:
ff. Leberwurst mit und ohne Zwiebel
Magerfl. **Rotwurst** und **Knackwurst** mit und ohne Knoblauch
Desgleichen für **Sonnabend:**
Rindfleisch zum Kochen . Pfd. 80 ₰
Rindfleisch zum Braten, Pfd. 1,00 ℳ
Rouladen . . . . 1,10 ℳ
Ferner: 864
Gehacktes Rind- und Schweinefleisch
Fa. Paul Bauermann
Merseburg, Krautstraße. Tel. 735

Film-Palast Weißenfels
Ab heute bis Montag, den 19. Juli
Der große Ufa-Film
Ufa **Tartuff** Ufa
mit Emil Jannings und Lil Dagover
Außerdem:
Ein zweiter Ufa-Film
Ufa **Amor im Wolkenkratzer** Ufa
Lustspiel aus der 30. Etage in 6 Akten
863 Verlängert:
Das erste Kreuzworträtsel im Film
Für richtige Lösungen sind Preise ausgesetzt (Bleistift und Papier mitbringen)
Beginn 7 u. 9 Uhr Sonntags ab 5 Uhr

Raucht!
Stiborski's Qualitäts-Marken
nur Glauchaer Straße 3

ff. Kernseifen
1-Pfund-Riegel 65 ₰ 55 ₰ 40 ₰
5 Doppelstück à 200 Gramm 90 ₰
ff. gekörnte Schmierseifen
1 Pfd. 42 ₰ u. 55 ₰ *2647
Seifenpulver
1-Pfund-Paket 40 ₰ 30 ₰ 25 ₰
Scheuertücher 1 Stück 25 ₰
Streichhölzer 1 Paket 20 ₰
Kolonialwaren stets preiswert
Walter Seidel, Delitzsch

Konsumverein für Wittenberg u. Umg., e. G. m. b. H.

Ordentl. Vertreterversammlung

am Sonntag, dem 25. Juli, nachm. 2½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Kurfürstenstr. 15

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes
2. Neuwahl von 4 Aufsichtsratsmitgliedern
3. Festsetzung der Entschädigungen für Aufsichts- und Genossenschaftsrat
4. Anträge

Anträge müssen bis zum 20. Juli beim Unterzeichneten eingereicht sein

Ohne Ausweis keinen Zutritt

Albert Vorsdorf
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Im Anschluß an die Vertreterversammlung Sitzung des Genossenschaftsrates 866

Wittenberger Tapetenhaus
Juristenstraße 11
Tapeten, Linoleum, Teppiche, Läufer, Wachstuche, Decken usw.
Teilzahlung

Saison-Ausverkauf
Sämtliche Preise sind **bedeutend** herabgesetzt. Versäumen Sie nicht diese äußerst günstige Kaufgelegenheit für Kleiderstoffe, Wäsche, Damen-Mäntel u. Kleider
Hermann Kittel
Zeitz
Gr. Wendischer Berg 11

Max Günther, Rasberg
Empfehle auf dem Wochenmarkt:
Pa. Räucherware und Marinaden
Stand Berthold
Ferner billige **grüne Gurken** und **Gemüse** 861
Spezialität: **Neue saure Gurken**
Stand Goethel & Standte

Wir empfehlen:
Prima argentinisches Ochsenfleisch
Kochfleisch . . . Pfd. 0,75 Mk.
Bratfleisch m. Beil., Pfd. 0,80 Mk.
Frisches **Schweinefleisch,** Pfund 1,20 bis 1,30
Schmer u. fettes Fleisch, Pfd. 1,20
sowie **sämtliche Wurstwaren**
Karl Wahl & Sohn 871
Zeitz, Wasservorstadt 12

Prima
Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt
Hugo Hoffmann
Roßschlächterei
Weißenfels,
Fischgasse 1

Sowjet-Sterne
Große Sterne . . . . . 50 Pf.
Kleine Sterne . . . . 40 Pf.
Runen
Faustrunen (auch für Koppelschlösser) 40 Pf.
Runen mit Sowjetstern 40 Pf.
KJI.-Abzeichen
Stück 50 Pf.
Fingerringe
echte (synthetischer Rubin) in Alpaka Stck 1,50
echt Silber, gest. 830 Stück 2,50
Zu beziehen nur durch die
Bezirks-Zentral-Buchhandlung
Lerchenfeldstraße 14
und deren Filialen

Trauerbriefe
und -Karten
liefert sofort die Druckerei der
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg
eGmbH., Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14
Fernruf: 1045, 1047, 2251

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260716-15/fragment/page=0008

GOLGATHA

Jahrgang Nr. 4 — Mitteilungsblatt der Roten Hilfe, Bezirk Halle-Merseburg — Halle, 16. Juli 1926

Internationale Klassenjustiz u. Kerkergreuel

Kämpft für die Amnestie der politischen Gefangenen! — Tretet ein in die Rote Hilfe!

Deutschland, Polen, Ungarn, Amerika, Bulgarien! Ueberall rast e Justizmaschine, eine neue Offensive führen die Bluthenker der ourgeoisie gegen das Proletariat, das es wagte, gegen sein lend anzukämpfen, sich von dem Joch des Kapitals zu befreien. ie Horthy-Justiz führt einen gewaltigen Prozeß gegen n Genossen Rakosi und 52 andere revolutionäre Arbeiter ngarns, die es gewagt haben, im Lande der Greuel und Schrecken r proletarischen Bewegung neues Leben einzuflößen. Dafür len sie aufgehangen, zum mindesten aber für Jahre hinaus in die asematten der ungarischen Bourgeoisie geworfen werden. In merika will die Klassenjustiz endlich die Genossen Sacco und anzetti auf den Todesstuhl bringen; die Bourgeoisie fordert e Leiber, weil sie meint, dadurch sicher zu sein vor der proletarischen Revolution. In **Polen** grauenhafte Zustände in den Kerkern. Trotzdem Pilsudski versprach, eine Amnestie zu bringen, machten noch immer 6000 revolutionäre Arbeiter hinter Kerkermauern. Allein 350 Zuchthäuser bargen 32 659 Gefangene. Auf 00 erwachsene Bewohner Polens entfallen nach dem Bericht des im-Ausschusses (Kommission Thugutt) zwei Gefangene. Nachdem e polnische Bourgeoisie sich an dem Machtwillen des Proletariats, der Kleinbauern der nationalen Minderheiten durch Standrichte und den Galgen gerächt hat, und die prominentesten Führer f diese Weise beseitigt, sollen die 6000 politischen Gefangenen den Kerkern Polens verrecken. Die **Kommission Thugutt sagt** stimmig **über die Zustände in den polnischen Gefängnissen:**

„Wir sahen **Gefängnisse, die so furchtbar überfüllt waren, daß** türlich von **Betten, Pritschen, Strohsäcken und Decken für die** fangenen **keine Rede sein konnte; wir fanden es unbegreiflich,** e eine derartige **Menge von Menschen in einem einzelnen Raum** erhaupt **atmen kann.**"

Ueber das schlimmste Gefängnis, das **Heilige-Kreuz-Gefängnis,** s in einer ganz unbewohnten Gegend liegt, sagt der bürgerliche bgeordnete Thugutt:

„Ich bin der **Meinung, daß dieses Gefängnis etwas Unzu**ssiges darstellt. **Es ist dies ein Ort, wohin man Menschen senden** n, um sie **möglichst schnell ins Jenseits zu befördern. Von 300** fangenen traf **man 51 im Lazarett an, die fast ausschließlich an** ngentuberkulose litten. **Fast sämtliche Insassen des Gefängnisses** ren infolge **der schlechten Ernährung augenkrank. Im Jahre 1923** rben bei einer **Belegschaft von 300 78, im Jahre 1924 51 Ge**gene."

Fürwahr ein sauberes Regiment, das die internationale Bourisie führt, um den Willen des Proletariats nach Freiheit im ute zu ersticken. Die **Kommission Thugutt mußte feststellen, daß** Zustände **im republikanischen Polen grauenhafter sind, als im** itischen **Rußland.**

Aber auch die **Niedner-Justiz in Deutschland** kann nicht schweigen. enn sie diese Beispiele der Klassenjustiz in anderen Ländern sieht, ß auch sie zu neuen Schlägen ausholen. Seit einigen Wochen führt s Reichsgericht in Leipzig und der dazu als Staatsgerichtshofß bestimmte Straffenat eine neue brutale Justiz-Offensive gegen deutschen revolutionären Arbeiter durch. Tscheka-Neumann als onzeuge der Justiz liefert das Beweismaterial, auf Grund dessen Zuchthausurteile der Niedner und Konsorten gefällt werden. gtäglich läßt Niedner von der Polizei neue Proletarier verhaften, ihnen den Prozeß zu machen. Ein Paßfälscher-Prozeß sollte so- dazu dienen, um die RH. größten Verfolgungen auszusetzen.

Nach dem Faschismus hin aber immer neue Komplimente der assenjustiz. Im **Fememordprozeß Pannier** erkannte die 2. Strafmmer des Reichsgerichts nach eintägiger Verhandlung das ine Urteil gegen Stein und Aschenkampf auf Todesstrafe an; die entlichen Drahtzieher **Oberleutnant v. Senden und Hauptmann** tknecht **bleiben also auf freiem Fuß** und dürfen neue Fememorde anisieren. Die bayrischen Justizbehörden beschäftigten nach wie r den Drahtzieher des Gareis-Mordes.

Diese wenigen Beispiele genügen, um zu zeigen, daß **auch in** utschland die **Klassenjustiz nicht schläft, sondern daß sie vereint** t den Horthy-**Henkern und den Kerkermeistern in Polen die prole**rische Bewegung **zu vernichten versucht.**

Das wird **und das darf ihr nie gelingen.** Wie das deutsche lk 15 Millionen Stimmen für die entschädigungslose Enteignung r Fürsten aufbrachte, so muß sich jetzt das werktätige Volk in Stadt d Land mit aller Entschlossenheit einsetzen für die Befreiung der litischen Gefangenen, nicht nur in Deutschland, sondern darüber aus auch in Polen, Bulgarien, Amerika, Ungarn usw. Keine werkschaft darf es geben, die nicht ihren Ruf erhebt:

Nieder **mit der internationalen Klassenjustiz, heraus mit den** litischen **Gefangenen aller Länder!**

Eine große Anzahl **bürgerlicher Intellektueller,** darunter Prof. ebermann, Prof. Georg Brandes, Kopenhagen, Dr. Max Brod, omas Mann, Gustav Rickelt, Dr. Magnus Hirschfeld, Albert nstein usw. haben sich in den letzten Wochen in diesen Aktionen gen die bürgerliche Klassenjustiz **solidarisch erklärt mit den** testkundgebungen **des Proletariats. Dürfen die Arbeiter diesen** ndgebungen **übergerlicher Intellektueller auch nur etwas nach**hen? **Niemals! Lauter noch müssen sie ihre Stimme erheben.** ine Arbeiterorganisation **darf es geben, sei es Gewerkschaften,** ortvereine, **Konsumgenossenschaften, Parteien usw. Sie alle** ssen den **Kampf der Roten Hilfe gegen die schändlichen Klassen**teile der **internationalen Klassenjustiz mit vollster Kraft unter**gen. Wie es möglich war, durch Massendruck schon in verschiedenen llen Erfolge zu erzielen, so werden wir endlich in der Lage sein, weißen Terror und die weiße Justiz vernichtend aufs Haupt zu agen.

t internationale Klassensolidarität mit den politischen Gefangenen! Tretet ein in die Rote Hilfe! Kämpft für die Amnestie!

Erfolge einer regen Werbearbeit

Die RH. Piesteritz eine proletarische Massenorganisation

Unsere Ortsgruppe entwickelt sich jetzt zu unserer Freude und spornt immer zu intensiver Arbeit an. Unser Broschüren- und „Rote-Helfer-Verkauf nimmt zu. Seit Januar sind 733 Broschüren, 500 Amnestiekarten und 907 „Rote Helfer" umgesetzt worden. Der Umsatz des „Roten Helfers" wird aber im Juli noch mehr steigen. Eine Sammlung für die Kinderheime wird daneben durchgeführt und konnte die erste Sendung an den Bezirksvorstand schon abgehen; die zweite wird in Kürze folgen. Am 17. Mai gingen wir zum ersten Male als Ortsgruppe an die Oeffentlichkeit. Wir veranstalteten einen Werbeabend, unterstützt vom Arbeiter-Turnverein, Arbeiter-Gesangverein, Bandoniumklub und dem RFB. Der Erfolg war ein guter. Nicht nur, daß wir dem Bezirksvorstand eine größere Summe als Ueberschuß überweisen konnten, nein, **ein größerer Erfolg bestand darin, Massen zu uns heran zu bekommen, die noch wenig oder gar nichts vom Klassenkampf in sich aufgenommen hatten.** War somit unser Werbeabend eine zweifacher Erfolg, so übertraf die Hoelz-Versammlung am 12. Juni alle Erwartungen. Zuerst ein **wuchtiger** Empfang am Bahnhof Wittenberg und eine gewaltige Demonstration durch die Straßen der Stadt. Die Ortsgruppen des **RFB. von** Wittenberg und Piesteritz waren mit ihren Spielmannszügen und roten Fahnen erschienen; ebenso der Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Piesteritz; dazu unzählige Proletarier und Proletarierinnen, welche die Genossin Hoelz mit einem kräftigen „Rot Front" begrüßten. Einen kläglichen Anblick boten, in mitten der roten Front, einige bürgerliche Gesangvereinler, welche vom Bahnhof, mit Blechmusik, in Bratenröcken und Zylindern, abgeholt wurden. Das war alter Plunder, niemand hatte Interesse dafür. Die rote Front setzte sich in Bewegung, durch die heilige Luther-Stadt, durch die Spalier bildende Menge und von vielen freudigen und stolzen „Rot-Front"-Rufen begrüßt, nach Klein-Wittenberg, zum „Schützenhaus". Hier war der Saal schon gefüllt, als die Demonstration ankam. Der Spielmannszug des RFB. leitete den Abend ein, sodann sang eine kleine JSB.-Genossin das Barkenhoflied. Danach ergriff die Genossin Hoelz, noch später der Genosse Sachs, das Wort. Wohl selten gab es eine so aufmerksame Zuhörerschaft als hier. Nach den beiden Referaten wurde das Theaterstück „Paragraph 218" aufgeführt. Jener Schandparagraph, welcher schon in so unendlich vielen Proletarierfamilien Leid und Qual eingeführt hat. Aufmerksam lauschten die Zuhörer, wie überall mit zweierlei Maß gemessen wird. Man sah, wie es die feinen Damen machen, welche in Ueppigkeit und Wollust dahinleben; ihnen wird geholfen und die Proletarierin, welche kein Kind mehr haben will, weil sie kein Brot für dasselbe hat, sie wandert ins Zuchthaus. Das Stück fand lebhaften Beifall. Ein reger Broschürenvertrieb hatte an diesem Abend stattgefunden und viele **Neuaufnahmen für die Rote Hilfe** wurden gemacht. A. B.

Aus der Arbeit der Rote-Hilfe-Ortsgruppen

(Von unseren Rate-Hilfe-Korrespondenten)

Kinderhilfe im Mansfelder Land

Die Ortsgruppe der Roten Hilfe **Hettstedt** beschloß in einer Mitgliederversammlung, eine **Ferienhilfsaktion** für die Kinder der in den Kerkern schmachtenden politischen Gefangenn durchzuführen. Es waren Proletarierfamilien ausfindig gemacht worden, die sich erboten, ein Kind für die Ferienzeit zur Erholung aufzunehmen. Andere Familien hatten sich bereit erklärt, Zuschüsse an Lebensmitteln usw. herbeizuschaffen. **Trotz der furchtbaren Lohnverhältnisse,** unter denen die Kumpels in der Mansfeld A.-G. stöhnen, sind sie bereit, den Kindern der politischen Gefangenen zu helfen, gedenken sie derer, denen es noch weit schlimmer geht als ihnen.

Ein wirklich vorbildliches Stück proletarischer Solidarität. Die Rote Hilfe war in der Lage, von dem Angebot der Ortsgruppe Hettstedt Abstand zu nehmen, da es ihr durch rege Sammeltätigkeit möglich gewesen ist, den Betrieb des Kinderheims Worpswede in vollem Umfang aufrechtzuerhalten. Dort wurden eine größere Anzahl Kinder unseres Bezirks für die Ferienmonate untergebracht; weitere Kinder konnten einem Ferienheim in der Dübener Heide überwiesen werden. Die Hettstedter Genossen beschlossen darauf, sofort ihre ganze Kraft einzusetzen, um die Sammelaktion für die Kinderheime der Roten Hilfe zu stärken. **1500 Kinderheim-Marken wollen sie allein in Hettstedt umsetzen,** Broschüren „Helft den Kindern" wollen sie unter die Arbeiter bringen, um sie über das edle Hilfswerk proletarischer Solidarität aufzuklären.

Jeder Arbeiter muß das, was die Hettstedter Genossen in vorbildlicher Weise tun, ebenfalls als seine Pflicht ansehen. **Keine Rote-Hilfe-Ortsgruppe darf es geben, die nicht in den nächsten Tagen vom Bezirksvorstand die Kinderheim-Marken anfordert und sie restlos unter der Arbeiterschaft absetzt.** Nur so wird es uns gelingen, der Klassenjustiz, die in den letzten Wochen wieder ihr Gesicht in brutalster Offenheit zeigt, die Antwort des revolutionären Proletariats zu erteilen:

Wir kämpfen, bis die Klassenjustiz zerschmettert am Boden liegt und alle politischen Gefangenen befreit sind!

Sammelt bei allen Arbeiterveranstaltungen für die RH.

In den Sommermonaten veranstalten die Gewerkschaften und Konsumvereine, die Arbeiter-Gesangvereine und proletarischen Sportorganisationen Werbefeste, Sommerfeste und andere gesellige Zusammenkünfte. Gewiß sollen derartige Veranstaltungen zunächst eine Abwechselung in dem grauen Alltagsleben darstellen, aber wir dürfen **dabei nicht vergessen, diesen Veranstaltungen einen bestimmten Klassencharakter zu verleihen.** Wir können das sehr gut, wenn wir bei diesen Veranstaltungen dazu beitragen, **für die RH. zu sammeln.** Kein Genosse darf bei solchen Veranstaltungen vergessen, daß es in den Gefängnissen noch Hunderte von politischen Gefangenen gibt, denen er helfen muß.

Aber auch die **Roten Tage des RFB.** bieten uns Möglichkeiten, Sammlungen für die politischen Gefangenen vorzunehmen. Jede Ortsgruppe muß dort mit ihren Sammelbüchsen erscheinen und es wird ihr leicht möglich sein, für die Rote Hilfe ein Scherflein zu erhalten. Vorbildliche Arbeit leistet in dieser Beziehung die **Ortsgruppe Zeitz.** Der Leiter der dortigen Organisation fuhr 180 Kilometer weit per Rad zum Roten Tag in Artern und sammelte dort für die RH. Bei dem **Roten Tag in Dresden** gelang es ihm, über 70 Mark für die politischen Gefangenen zu sammeln. Das muß ein Ansporn für alle Genossen, für alle Ortsgruppen sein.

Denkt immer an die politischen Gefangenen!

Gebt Bücher für die politischen Gefangenen!

Noch einmal wiederholen wir unsere Bitte an die mitteldeutschen Arbeiter. Auf unsere Aufforderung im letzten „Golgatha" hin haben erst wenige Genossen geantwortet. Nur ein Genosse hat uns eine größere Anzahl Bücher übersandt und er schreibt uns dazu:

Eilenburg, den 15. Juni 1926.

Werte Genossen!

Anbei übersende ich Euch einige Bücher für die inhaftierten Genossen. **Hoffentlich folgen auf Eure Aufforderung, unsere gefangenen Brüder mit gutem Lesestoff zu versorgen, weitere Sendungen.**

Mit kommunistischem Gruß **Bruno Rothe.**"

Wann wollen die mitteldeutschen Proletarier den Hunger der politischen Gefangenen nach guter Literatur stillen? **Sollen unsere in den Kerkern schmachtenden Brüder in ihren engen Zuchthauszellen abstumpfen, weil wir nicht dazu beitragen, sie mit gutem Lesestoff zu versehen?** Folgt der Aufforderung des Eilenburger Genossen und schickt an den **Bezirksvorstand der RH., Halle-Saale, Lerchenfeldstraße 14,** alle gelesenen Bücher, die bei Euch herumliegen, die aber unseren politischen Gefangenen ihr hartes Schicksal erleichtern können.

Erwerbslose für die Rote Hilfe

Die Arbeitslosen **von Greppin** forderten von dem Ortsvorstand der Roten Hilfe Sammellisten an, um trotz der kärglichen Unterstützung, die sie bekommen, auch dazu beitragen zu können, daß unseren Brüdern in den Zuchthäusern und den Familien unserer gefallenen Klassenkämpfer rote Hilfe zuteil wird. **11.— Mark sammelten sie am Tage der Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung** und bewiesen damit, daß sie die politischen Gefangenen auch in den Stunden ihrer eigenen bitteren Not nicht vergessen. Ueberall muß dieses Beispiel proletarischer Hilfsbereitschaft regste Nachahmung finden.

45 neue Mitglieder von einem Genossen geworben

Durch rege Werbetätigkeit, durch Einsetzen seiner ganzen Kraft für die Rote Hilfe gelang es dem **Genossen Kn.-Halle 45 neue Mitglieder für die Rote Hilfe zu gewinnen.** Jedes einzelne Rote-Hilfe-Mitglied muß es sich zur Aufgabe stellen, dieses vorbildliche Beispiel nachzuahmen, dann wird es uns möglich sein, in kurzen Wochen unsere Organisation so auszubauen und so zu stärken, daß wir über Deutschland hinaus auch unseren Brüdern in Bulgarien, Polen, Italien, usw. materielle Hilfe in ihrem schweren Ringen zuteil werden lassen können.

Ergebnisse der Kampagne für Amnestie und Volksentscheid

In den Versammlungen, die von dem Bezirksvorstand der RH. vom 1. bis 20. Juni 1926 in Mitteldeutschland für „Amnestie und Volksentscheid" veranstaltet wurden und in denen die Frau des Genosse Max Hoelz sprach, war überall die regste Beteiligung der Arbeiterschaft festzustellen. Ueber **20 000 Versammlungsbesucher nahmen an den 27 Kundgebungen teil.** In verschiedenen Orten war bereits vor Beginn der Saal vollkommen überfüllt, mehrfach mußten Parallelversammlungen abgehalten werden.

837 neue Mitglieder wurden für die Rote Hilfe gewonnen, 2400 Hoelz-Broschüren neben zahlreicher anderer Literatur (Postkarten, Zeitungen usw.) umgesetzt, eine neue Ortsgruppe gegründet, zirka 1500 Mk. durch Sammlungen eingenommen.

Ueberall brachten die mitteldeutschen Arbeiter in Entschließungen zum Ausdruck, daß sie die **Amnestie für alle politischen Gefangenen des Proletariats** fordern, daß sie vor allem auch die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen **Max Hoelz** verlangen. Diese Willenskundgebungen müssen der Klassenjustiz zeigen, daß die Proletarier Mitteldeutschlands ihre gefangenen Brüder nicht vergessen haben, sondern, daß sie sich einsetzen werden, mit vollster Kraft für deren Befreiung zu kämpfen. **In Zeitz, Schwemsal, Halle, Ammendorf** usw. sollen demnächst große Kampagnen geführt werden, um der Klassenjustiz unsere politischen Gefangenen aus den einzelnen Orten aus den Klauen zu reißen. Auch das kann nur das Vorspiel sein der großen Amnestie-Kampagne, die wir im Herbst führen müssen und die verbunden werden muß mit dem Kampfe um die Auseinandersagung des jetzigen Reichstages, um die Auflösung der Fürstendiener-Regierung Marx, um die Schaffung der Arbeiter- und Bauernregierung.

Wer für die Amnestie ist, muß dafür sorgen, daß dieser Schand-Reichstag aufgelöst wird, daß die Regierung der Klassenjustiz verschwindet und eine Regierung der Arbeiter und Bauern geschaffen wird, die den politischen Gefangenen die Freiheit bringt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260716-15/fragment/page=0009
DFG

Der Kampf um die Miete

Das Reichsmietengesetz bestimmt in seinem § 6 Abs. 1, daß der Vermieter den in der gesetzlichen Miete enthaltenen Instandsetzungszuschlag für die erforderlichen laufenden Instandsetzungsarbeiten sachgemäß verwenden und der Mietervertretung auf Antrag die sachgemäße Verwendung dieser Instandsetzungsgelder nachweisen muß.

Die preußische Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz schreibt vor, daß der Vermieter zweimal jährlich, und zwar in der Zeit vom 1. bis 10. Februar und vom 1. bis 10. August eines jeden Jahres dem Mieter oder der Mietervertretung auf Antrag die Verwendung der Gelder für laufende Instandsetzungsarbeiten nachweisen muß.

Diese Bestimmung des Reichsmietengesetzes muß zur Organisierung des Kampfes gegen die Ausplünderung der Mieter durch das große Hauskapital benutzt werden. In allen Häusern müssen die Mieter zusammentreten und Mieterversammlungen abhalten, **in welchen die Frage der Kontrolle der Verwendung der Mietgelder** behandelt wird. Den Mieterorganisationen als den Vertretern der Mieter fällt hier die wichtigste Aufgabe zu. Die Kommunisten müssen in diesen Organisationen alle Kräfte mobilisieren, um die Durchführung dieser Kontrolle durchzusetzen. Wo keine Mietervereine bestehen, werden die Kommunisten selbst in geeigneter Weise die Sache in die Hand nehmen, um die Mieter zum Kampf gegen den Mietwucher aufzurufen. Besonders ist es notwendig, daß überall **Mieterräte** gewählt werden, die auf Grund des Gesetzes den Mietern gewährt sind. Unsere Parole muß auch in dieser Frage lauten: **Kein Wohnhaus ohne Mieterrat.** Dieser Mieterrat kann je nach der Zahl der Mieter aus ein oder mehreren Personen bestehen. (§ 17 des Reichsmietengesetzes.)

Die Aufgabe des Mieterrates ist, eine eingehende Nachprüfung besonders der Verwendung der Instandsetzungsgelder, um eventuell die notwendigen Zwangsmaßnahmen gegen die säumigen Hausbesitzer einzuleiten. Die Mieterräte müssen sich bei der Nachprüfung über die Einzelbefunde schriftliche Aufzeichnungen machen oder geben lassen. Krasse Fälle von Mieterübervorteilung und Zwischenfällen, die sich bei den Kontrollen ereignen, müssen an die Presse übermittelt werden.

Der Mieterrat muß vor der Kontrolle am besten schriftlich dem Vermieter mitteilen, daß er von der Befugnis gemäß § 6 Abs. 1 des Reichsmietengesetzes, die sachgemäße Verwendung der Instandsetzungszuschläge nachzuprüfen, Gebrauch zu machen wünscht und daß er dem Vermieter um die Bekanntmachung von Ort und Zeit dieser Nachprüfung ersucht. Diese Nachprüfung muß wie gesagt zu dem Termin erfolgen, der in den jeweiligen Ausführungsverordnungen der einzelnen Länder vorgesehen ist, in Preußen also diesmal vom 1. bis 10. August.

Der Antrag auf Nachprüfung muß möglichst frühzeitig gestellt werden. Er muß dem Vermieter so rechtzeitig zugestellt sein, daß die Nachprüfung noch spätestens am 10. August erfolgen kann. Erfolgt der Antrag zu spät, so ist der Vermieter nicht verpflichtet, sich darauf noch einzulassen. Diese Bestimmung erfordert, daß die Mieter so schnell wie möglich ihre Mieterversammlungen abhalten, ihren Mieterrat damit beauftragen, noch in der letzten Hälfte des Juli diesen Antrag beim Vermieter zu stellen.

Weigert sich der Vermieter, dem Mieterrat den Nachweis über die Verwendung der laufenden Instandsetzungszuschläge zu führen, so muß der Mieterrat bei der Gemeindebehörde beantragen, den säumigen Vermieter auf dem Verwaltungswege dazu anzuhalten. Kommt der Vermieter auch der behördlichen Aufforderung nicht nach, so muß der Mieterrat ihn durch Einreichung einer Feststellungsklage beim Amtsgericht dazu zwingen. Bei der Nachprüfung selbst muß der Mieterrat streng darauf sehen, daß ihm nicht Belege unterschoben werden für Dinge, die mit laufenden Instandsetzungskosten absolut nichts zu tun haben.

Als laufende Instandsetzungsarbeiten gelten nicht die vollständige Erneuerung der Dachrinnen und Ablaufrohre, das Umdecken des Daches, der Abputz oder Anstrich des Hauses im Aeußeren, der Neuanstrich des ganzen Treppenhauses im Innern, die Erneuerung der Heizanlagen bei Sammelheizung oder Warmwasserversorgung. Das alles sind große Instandsetzungsarbeiten, für die ein besonderer Zuschlag in der gesetzlichen Miete erhoben wird. Ebenso ist darauf zu achten, daß der Vermieter nicht etwa Belege über Betriebskosten unterschiebt. Für diese ist ein weiterer Hundertsatz der Friedensmiete besonders bestimmt. Unter die Betriebskosten fallen die Grund- und Gebäudesteuern, die Kanalisationsgebühren, der Entgelt für Müllabfuhr, der Straßenreinigungsgebühren, das Wassergeld, die Schornsteinfegerkosten, die Kosten für Beleuchtung der Treppen, Flure, gemeinsame Waschküchen, Keller, Trockenböden usw.; für Versicherungen aller Art (Haftpflicht-, Rohrbruch- usw.); für Bürgersteig- und Straßenunterhaltung und für die von einer Behörde zur Beseitigung einer Ansteckungsgefahr getroffenen Maßnahmen (z. B. Rattenvertilgung).

Hat der Vermieter die für laufende Instandsetzungsarbeiten in der Miete vereinbarten Gelder ganz oder zum Teil nicht sachgemäß verwendet, so muß der Mieterrat dieses feststellen und beanstanden und vom Vermieter fordern, daß er die nicht- oder unsachgemäß verwendeten Gelder für notwendige laufende Instandsetzungsarbeiten unter seiner Kontrolle nachträglich verwendet.

Die Mieterräte werden gut tun, diese Feststellungen und Beanstandungen nachträglich noch einmal schriftlich zu formulieren und dem Vermieter zuzustellen mit der gleichzeitigen schriftlichen Aufforderung, die rechtswidrig einbehaltenen Instandsetzungsgelder ihrem gesetzlichen Verwendungszwecke zuzuführen. Weigert sich der Vermieter, so muß der Mieterrat bei der Gemeindebehörde die Ausführung der unterbliebenen laufenden Instandsetzungsarbeiten beantragen und, wenn auch dies ohne Erfolg bleibt, den Vermieter beim Mieteinigungsamt oder beim Amtsgericht verklagen.

Nach erfolgter Nachprüfung sollen die Mieterräte in jedem Fall in einer neuen Mieterversammlung Bericht erstatten und mit den Mietern **die weitere Verfolgung der Angelegenheit besprechen.** Dies ist um so notwendiger, als in solchen Versammlungen am zweckmäßigsten bestimmt werden kann, welche Instandsetzungsarbeiten aus den etwaigen „ersparten" Instandsetzungsgeldern am dringendsten bestritten werden müssen. **Die Mieterversammlungen müssen zu einer regelmäßigen Einrichtung gemacht werden.**

Dieser Kampf um die Verwendung der Mieten ist natürlich nur ein Teil des Kampfes gegen die Ausplünderung der Mieter durch das große Hauskapital. **Dieser Kampf muß darum in enger Verbindung mit dem Kampf gegen die Heraufsetzung der Mieten geführt werden. Er kann aber als Hebel dienen, um die Mieterbewegung wieder in Fluß zu bringen und zur Belebung der** Mieterräte beitragen. Die Aufgabe der Kommunisten ist es deshalb, um auch auf diesem Wege dem Großhauskapital eine Schlacht zu liefern, alle Kräfte dafür einzusetzen, um damit beizutragen, die Kampfkraft der Arbeiterschaft zu stärken gegen die neue Offensive des Kapitals gegen die Ausplünderung der Massen durch Zölle und Steuern.

Der Kampf gegen das Großhauskapital ist ein Kampf aller werktätigen Schichten. Die Mieter müssen darum ebenfalls rüsten zum Kongreß der Werktätigen, der zu all diesen Fragen der werktätigen Schichten Stellung nimmt. **Der Kongreß der Werktätigen ist darum auch der Kongreß der Mieter.**

Wer finanziert und bewaffnet die Staatsstreicharmee der Monarchisten?

Die Geldgeber der Schwarzen Reichswehr sind die verbündeten Großkapitalisten und Großgrundbesitzer. Diese bringen jedoch nur einen Teil der Mittel auf. Der größte Teil der erforderlichen Summen wird durch die Reichswehr selbst (oder besser ausgedrückt: durch die Steuerzahler) aufgebracht. Ein Blick auf den Reichswehretat wird das beweisen:

Die Friedensarmee erforderte mit 31 000 Offizieren und etwa 750 000 Mannschaften an laufenden Ausgaben 775,3 Millionen Mark, pro Kopf etwa 1000 Mk. Die gegenwärtig 100 000 Mann starke Reichswehr erfordert an laufenden Ausgaben 685,5 Millionen Mark, pro Kopf 6855 Mk. In Prozenten ausgedrückt ergibt sich ein Verhältnis von 100 Prozent (1913) zu 81 Prozent (1926). Die Reichswehr dürfte jedoch nur 12½ Prozent der Summen verausgaben, die die kaiserliche Friedensarmee verausgabte. Herr Geßler, der „demokratische" Schwarze-Reichswehrminister ist flugs bei der Hand und erklärt, daß erstens eine Verteuerung der Rüstungsartikel eingetreten sei und zweitens, daß ein Söldnerheer mehr Ausgaben erfordere, als ein stehendes Heer. Selbst wenn man das berücksichtigt, sind die Ausgaben zu enorm hoch, um darüber hinwegzutäuschen, daß ein großer Teil der Ausgaben für die Schwarze Reichswehr in den Reichswehretat einkalkuliert wurde.

Nach einzelnen Posten geordnet, ergibt sich, daß nur die Ausgaben für Bekleidung, Verpflegung und Reisen wesentlich gesenkt wurden. Aber auch diese Ausgaben sind drei- bis viermal so hoch, als sie in Wirklichkeit sein müßten. Daraus kann man schlußfolgern, daß die Ausgaben für die Zeitfreiwilligen eingerechnet wurden.

Für die Posten: Oberleitung, Festungswesen, Waffenwesen und Munition verausgabt die Reichswehr sogar mehr als die alte Friedensarmee. Im Jahre 1913 bewill Reichstag für den Posten Waffenwesen und Munition 75 Mi Die Reichswehr verausgabt 1926 102 Mill. Mk. In Prozent Verhältnis von 100 zu 136 Prozent. Wozu braucht ein ach kleineres Heer ebensoviel Waffen wie die Friedensa Diese Zahlen sprechen für sich, jede weitere Bemerkung wäre flüssig.

Weiter: Wenn die Ausgaben für die Oberleitung dieselben wie vor dem Kriege, muß auch die Anzahl der Stabsoffiziere selbe sein. Sollten hier etwa die Gehälter für General v. d. General v. François usw. eingerechnet sein?

Ach, wir haben doch eine glänzende „Republik". Die Arb die Kleingewerbetreibenden und die Kleinbauern genießen der Freiheit, Hungers zu sterben, auch noch die, Mittel für Arme aufzubringen, die sie niederschlagen soll. Kann die kommenheit der parlamentarischen Demokratie noch besser do tiert werden? Geßler und Seeckt fordern die Summen an dieser Reichstag, „Volksvertretung" genannt, bewilligt, bew

Bei diesen Rüstungen ist der innerpolitische Gesichtspunkt wärtig das hauptsächlichste. Die Anzahl der vorhandenen Ge Minenwerfer, Maschinengewehre, Gewehre usw. reicht für die waffnung einer Bürgerkriegsarmee vollkommen aus. sich Mängel zeigen, versucht das „Schwarze"-Reichswehrminis durch illegale Waffenaufkäufe Abhilfe zu schaffen. So sind spielsweise im Jahre 1925 im Industriewerk Wittenau 126 00 wehrläufe und 50 000 Pistolenläufe von der Entente-Kontroll mission entdeckt worden. Sogar eine schwarze Luftflotte für den kommenden Staatsstreich geschaffen worden. In einer vom 21. April 1920 fordert das Reichswehrministerium die behaltung von Fliegerformationen für „Aufklärung, Beru Warnung der Bevölkerung durch Flugblätterabwurf und Ein in den Straßenkampf im Falle eines Bürgerkrieges". Die kriegsluftflotte steht gegenwärtig bereit.

In den verflossenen fünf Jahren sind annähernd 1000 Flug führer auf den Fliegerschulen ausgebildet worden. Die Ausbi erfolgte auf „Sport"-Flugzeugen, die jederzeit für den Kriegs umgebaut werden können. So können z. B. die Fokker-Flug durch Einbau eines anderen Motors als Aufklärungs- und K flugzeuge verwandt werden. Annähernd 200 Flugzeuge zur Verfügung.

Die Ausgaben für Waffenwesen usw. für die Schwarze Reichs sind, wie das unsere Darlegung zeigt, im Reichswehretat enth Die restlichen Mittel für die Organisation, Werbung werden von den Agrariern, Arbeitgebervereinigungen und Schwerindustriellen aufgebracht. ist es nicht möglich, festzustellen, in welcher Höhe Zuwendungen der Schwerindustrie gemacht werden. Wir sind jedoch in der einige Summen anzugeben, die von den Junkern aufge werden.

Zur Erfassung der Gelder ist ein besonderer Apparat schaffen worden. Ursprünglich wurde der Apparat des La bundes dienstbar gemacht. In den meisten Fällen ist eine P sonalunion der Führer festzustellen. So ist z. B. der führer des Stahlhelm, Grothe, gleichzeitig Sekretär des L bundes und der Arbeitgebervereinigung. Die Sätze, die die J pro Morgen zahlen müssen, richten sich nach der „Höhe der Ge In Brandenburg beträgt der Satz pro 2000 Morgen Land 300 in Mecklenburg pro Morgen 0,07 Mk. Die Zahlungen erf monatlich oder vierteljährlich. Jährlich gehen in den nordöst Provinzen ein:

Berlin	998 827 Mk.
Schlesien	2 500 000 Mk.
Ostpreußen	2 000 000 Mk.
Pommern	2 000 000 Mk.
Mecklenburg	500 000 Mk.*)

Legt man diese Zahlen zugrunde, so werden in Deutschland den Agrariern jährlich etwa 30 bis 40 Millionen aufgebracht. fehlen jedoch noch die Zuwendungen der Arbeitgebervereinig und der Schwerindustriellen.

Da die Organisation geheim gehalten werden muß, sind Ausgaben naturgemäß enorm hoch.

Aus all dem bisher veröffentlichten Material über die Sta streicharmee der Monarchisten ist ersichtlich, daß die Kreise um S und Hindenburg zielbewußt für den Bürgerkrieg und neue imp listische Abenteuer rüsten.

Mit parlamentarischen Manöverchen und „Polizeiaktionen" der Severingschen Sorte kann die Gefahr des Staatsstreiches gebannt werden. Die Arbeiterschaft, gestützt auf außerparlame rische Positionen einer kampfbereiten roten Front, wird über Staatsstreichler triumphieren.

*) Diese Angaben sind der Quidde-Petition entnommen.

Denkt an die Opfer der Klassenjustiz!
Bringt „Rote Hilfe"!

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Te den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

41) Ein englischer Arbeiterroman von **Robert Tressal** *)

Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin NW 7

„Ich gehe ihn fragen", sagte Harlow verzweifelt. „Ich will auch die schlimmste Nachricht lieber gleich haben."

Nach wenigen Minuten war er zurück mit der Mitteilung, daß Jäger beschlossen hätte, noch keinen zu entlassen, weil die Fassade in der nächsten Woche fertig werden sollte.

Zehn Minuten vor 1 Uhr hörten sie alle auf zu arbeiten. Sie stellten die Farbtöpfe weg und schlossen das Haus ab. Eine Reihe leerer Farbeimer mußte auf dem Wege ins Bureau auf dem Lagerplatz abgegeben werden. Craß verteilte sie unter die anderen. Er selbst trug nichts. Dann machten sie sich unter Späßen auf, um ihr Geld zu holen. Harlow und Easton machten sich den Weg kurzweilig, indem sie vielsagend husteten, sobald sie einer jungen Frau begegneten, wobei sie laut anerkennende Bemerkungen über ihr Aussehen machten. Lachte das Mädchen, so behauptete jeder, er hätte es zuerst gesehen, schien's aber beleidigt oder hochmütig, so mutmaßten sie, daß es Essig mit der Gabel gegessen hätte. Dann wieder warfen sie den Dienstmädchen, die aus den Fenstern sahen, zärtliche Handküsse zu. Einige lachten, andere sahen schief, aber immer war es gleicherweise belustigend für Craß und die anderen, die so ausgelassen waren, wie eine Horde Jungen nach Schulschluß.

Als sie ihre Löhne weghatten, gingen Craß, Easton, Bundy, Philpot, Harlow und ein paar andere zum „Kricketspieler", um einen Schoppen zu trinken. Owen ging allein, und auch Schleim ging allein weiter. Es hatte keinen Zweck, zu warten, bis Easton aus dem Wirtshaus wieder herauskam, denn das Ende war niemals abzusehen; er konnte eine halbe Stunde bleiben, aber ebensogut auch zwei. Schleim ging indessen noch zur Sparkasse, um etwas Geld zurückzulegen.

Nachdem er auch das besorgt hatte, machte er sich wieder auf den Heimweg, den er nur noch einmal unterbrach, um bei einem Kaufmann ein paar Süßigkeiten zu holen. Er gab 50 Pfennig aus, für ein Glas mit Süßigkeiten für das Baby.

Ruth war nicht überrascht, als sie ihn allein kommen sah. Seit Easton mit Craß so befreundet war, war es fast immer so. Sie sagte nichts über sein Ausbleiben, doch merkte Schleim mit heimlichem Aerger, daß es sie kränkte und enttäuschte. Sie war eben dabei, den Küchenfußboden fertig zu scheuern und der kleine Fred saß in seinem hohen Kinderstuhl dabei. Um ihn zu beschäftigen, hatte Ruth ihm ein Stückchen Brot mit Himbeermarmelade gegeben, die sich das Kind über das ganze Gesicht und in die Haut eingerieben hatte, so daß es aussah, als käme es aus dem Krieg oder von einem Eisenbahnunglück.

Freddie begrüßte Schleims Ankunft mit Begeisterung, und als der Mann ihm das Glas mit Bonbons gab, und ihn aus dem Stuhl herausnahm, schrie und krähte er vor Vergnügen. Schleims Anwesenheit im Hause hatte sich nicht als so störend erwiesen, wie Easton und Ruth anfangs befürchteten. Zuerst ging er sogar grundsätzlich nach dem Tee in sein Zimmer, bis sie ihn einluden, doch in der Küche zu bleiben. Fast jeden Mittwoch und Freitag ging er zu einer Versammlung oder, wenn es das Wetter erlaubte, zu einem Gottesdienst im Freien. Er gehörte zu einer kleinen Gruppe eifriger Leute, die in Verbindung mit der „Gemeinde des Ewigen Lichtes" das ganze Jahr die Propaganda unter freiem Himmel fortsetzten.

Nach einiger Zeit waren die Eastons nicht nur ausgesöhnt mit seiner Anwesenheit, sondern sie waren sogar froh darüber. Ruth besonders wäre ohne ihn oft sehr einsam gewesen, denn Easton hatte sich angewöhnt, jede Woche ein paar Abende mit Craß im „Kricketspieler" zu verbringen.

Ihre anfängliche instinktive, nicht zu begründende Abneigung gegen Schleim hatte sich allmählich verloren. Er erwies ihr so viele kleine Dienste, daß er ihr nicht länger unsympathisch blieb. Zuerst sprach sie ihn mit „Mr." an, dann ging sie zu Eastons Methode über und nannte ihn beim Vornamen.

Das Baby, nun, das machte schon gar kein Geheimnis aus seiner Vorliebe für den Mieter, der es hätschelte und stundenlang mit ihm spielte.

„Jetzt kriegen Sie Ihr Essen, Alf", sagte Ruth, als sie mit dem Fußboden fertig war. „Ich will mit meinem noch ein bißchen warten. Will kann ja noch kommen."

„Ich an Ihrer Stelle würde nicht auf Will warten", sagte Schleim. „Ehe er kommt, kann noch eine Stunde vergehen, oder auch zwei. Jetzt ist es schon zwei Uhr durch und Sie müssen Hunger haben."

„Nun ja, eigentlich könnte ich jetzt auch essen", erwiderte Ruth zögernd. „Wahrscheinlich wird er sich im „Kricketspieler" wieder etwas Brot und Käse geben lassen, so wie letzten Sonnabend.

„Sicher", antwortete Schleim.

Während Schleim oben war, wurde dem Baby das Gesicht gewaschen. Sobald es dann seine Mutter essen sah, warf es sein Zuckerwerk beiseite und begann zu weinen. Sie mußte es auf den Schoß nehmen und mit kleinen Bissen von ihrem Teller füttern.

Schleim sprach die ganze Zeit, hauptsächlich über das Kind. Er liebte Kinder sehr, sagte er, und käme auch immer sehr gut mit ihnen aus, aber so ein kluges Kind wie Freddie wäre ihm in dem Alter noch nicht vorgekommen.

Als sie die Mahlzeit beendeten, war das Kind schon am Einschlummern. Schleim erhob sich von seinem Stuhl, und, mit dem Rücken gegen das Feuer gewendet, sah er auf die beiden nieder. Dann sagte er mit Bezug auf den Jungen: „Er ist Ihnen sehr ähnlich, nicht?"

„Ja", sagte Ruth, „jeder sagt, daß er nach mir artet."

Schleim kam ein wenig näher heran und beugte sich nieder, um das schlummernde Kind anzusehen.

„Wissen Sie", fuhr er fort, „erst dachte ich, es wäre ein Mädchen. Er ist fast zu hübsch für einen Jungen."

Ruth lächelte: „Die meisten Leute hielten ihn anfangs für ein Mädchen."

Der Mann streckte die Hand aus und streichelte das Gesicht des Kindes.

Obgleich Schleims Betragen bisher immer sehr korrekt ge war, gab es doch gelegentlich ein unerklärliches Etwas in Art, daß Ruth verwirrte und in Verlegenheit brachte. Jetzt, al aufsah und den Ausdruck seines Gesichtes erblickte, wurde sie purrot vor Verlegenheit und hastig senkte sie die Augen Auch er sagte nichts mehr und einige Minuten blieben sie gend, wie gebannt, Ruth von instinktivem Schreck ergriffen, Schleim kaum weniger bewegt, mit heißem Gesicht und wild klo dem Herzen. Er zitterte und stand über sie gebeugt, zögernd erschrocken.

Und dann wurde die Stille plötzlich unterbrochen von Knarren und Zuschlagen der Vordertür, das die verspätete An Eastons anzeigte. Schleim ging hinaus in die Spülküche, die Wichsbürsten vom Sims und putzte sich die Schuhe.

An Eastons Aussehen und Benehmen merkte man deutlich Wirkung des genossenen Alkohols, doch Ruth machte ihm kein Vorwurf. Im Gegenteil, sie mühte sich eifrig, es ihm beque machen.

Schleim war mit seinen Schuhen fertig und ging in sein Zim hinauf. Als er durch die Küche kam, erhielt er einen acht Gruß von Easton. Er war nervös und fürchtete, Ruth m Easton etwas mitteilen. Auch die Ueberlegung, daß sie eige nichts Gegenständliches sagten konnte, beruhigte ihn nicht ganz.

Ruth mußte ihren schon gefaßten Beschluß, ihrem Manne Schleims eigentümlichen Verhalten Mitteilung zu machen, schieben, denn Easton schlief auf dem Stuhle ein, ehe er noch dem Essen fertig war, und sie hatte ihre schwere Mühe, ihn zukriegen und ins Bett zu schicken, wo er bis zur Teezeit Wahrscheinlich wäre er auch da noch nicht gekommen, wenn er eine Verabredung mit Craß im „Kricketspieler" gehabt hätte.

Während Easton schlief, arbeitete Schleim unten in der K an einer Laubsägearbeit. Als Ruth den Thee vorbereitete, er mit Freddie, und dabei schien er so wenig das Gefühl von Ungewöhnlichem zu haben, daß Ruth zu der Ueberzeugung sie müsse sich girrt haben, als sie ihm irgend etwas Un zutraute.

Nach dem Tee zog Schleim sein bestes Zeug an und ging zu gewohnten Meeting unter freiem Himmel. Easton und pflegten Sonnabends zusammen einkaufen zu gehen, aber konnte er nicht auf sie warten, denn er hatte sich um sieben Uhr Craß verabredet. So machten sie aus, daß sie sich um acht Uhr der Stadt treffen wollten.

Als Owen an diesem Tage von der Lohnzahlung nach Hause überkam ihn eine unbeschreibliche Depression. Solange er mit Ausmalung des Salons beschäftigt gewesen war, hatte er Krankheit ganz vergessen: er hatte auch vergessen, daß er nach endigung der Arbeit in der „Höhle" aussetzen mußte, und daß paar Wochen Arbeitslosigkeit Hunger bedeuteten. Doch jetzt er an die Zukunft.

Die ganze Woche hatte er angestrengt mit Hirn und Hä gearbeitet, und die paar Groschen da waren sein Lohn. Er bitter, als er an all das dachte, was von dem Gelde geschehen und an das, was ungeschehen bleiben mußte.

(Fortsetzung folgt.)

*) Der Roman ist auch in Buchform erschienen. Sonderpreis für unsere Leser: Broschierte Ausgabe statt 2,80 Mk. nur 2 Mk.; Papphand-Ausgabe statt 3,80 Mk. nur 2,50 Mk. **Zu beziehen durch** die Bezirksbuchhandlung Halle, Lerchenfeldstr. 14, oder deren auswärtige Filialen. Bestellungen nehmen auch alle „Klassenkampf"-Trägerinnen entgegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260716-15/fragment/page=0010